

p.s.

DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG
NR. 15 / 21. APRIL 23



**WIR TRAGEN DIE VERANTWORTUNG
FÜR UNSERE GEMEINSAME ZUKUNFT**

SIMONE VEIL
EIN LEBEN FÜR EUROPA

EIN FILM VON
OLIVIER DAHAN

**ELSA ZYLBERSTEIN
REBECCA MARDER**

JETZT IM KINO

FILM DDP



VERKEHRSPOLITIK

Verkehrswende wagen, aber wie genau?

SEITE 16 - 18

PORTRÄT

**Ein Vielredner will in den
Ruhestand**

S. 14 - 15

IM GESPRÄCH

**«Für mich war queer die
Antwort auf viele Fragen»**

S. 12 - 13

KONZEPTFÖRDERUNG TANZ UND THEATER

**Der grosse Hoselupf
bleibt aus**

S. 22

Infragestellen

Die 1980 in Wien geborene Künstlerin Belinda Kazeem-Kaminski ist in der Schwarzen feministischen Theorie verwurzelt und beschäftigt sich mit den Lücken in Sammlungen und Archiven bezüglich Schwarzen Lebens in der afrikanischen Diaspora. In ihrer ersten Einzelausstellung in der Schweiz «You are awaited but never as equals» schlägt sie mit künstlerischen Mitteln und Vorgehensweisen eine Brücke über verschiedene Zeiten der öffentlichen Rezeption respektive dem



Belinda Kazeem-Kaminski, «Unearthing. In Conversation», 2017

konkreten Umgang mit «Anderen» und verhandelt mit der Verknüpfung von Dokumentation und Fiktion, welche Einflüsse ein kolonialisiertes Erbe auf die Gegenwart ausübt. Ihr Ansatz untersucht das ambivalente Begehren westlicher Akteur:innen und die daraus resultierende Objektifizierung. *froh.*

Belinda Kazeem-Kaminski: «**You are awaited but never as equals**», 21.4. bis 9.7., Coalmine Raum für Fotografie, Winterthur. Fr, 21.4., 19h: Gespräch der Künstlerin mit dem Collective for Antiracist Art History der Universität Zürich.

Befreien

Normen und Stigmata werden auf Dauer zu inneren Gefängnissen, die auch das Bewusstsein engen. Ausgehend von den bis in pharaonischen Zeiten zurückreichenden ägyptischen Strassentänzen, in denen Messern eine bedeutende Rolle



(Foto: Hitzigraphy)

zukommt – bei Hochzeiten natürlich ein anderes als bei einem Tanzbattle verwandten Wettkämpfen – entwickelt Aly Khamees das Solo «Naslah». Die Messer stellen dabei weniger konkret Waffen dar, sondern symbolisch ein Mehr an Gliedern und darum auch eine ergänzende Möglichkeit, die

innere, also seelische Lage in einen Ausdruck zu überführen. Neben dem ursprünglichen Strassentanz, also der Kunstform marginalisierter und an den gesellschaftlichen Rand gedrängter Personen, beschäftigt ihn hier auch das Thema der Diskriminierung allein aufgrund einer Herkunft oder von Äusserlichkeiten, einem überall auf der Welt auftretenden Phänomen. Aly Khamees sucht nach Wegen für eine Befreiung daraus. *froh.*

Aly Khamees: «**Naslah**», Fr, 21.4. bis So, 23.4., 20h (So, 18h), Tanzhaus, Zürich.

Weiterreden

Seit vor einem Jahr das von Doris Strahm und Silvia Strahm Bahmert herausgegebene Buch «Mächtig stolz – 40 Jahre feministische Theologie und Frauen-Kirche-Bewegung in der Schweiz» (eFeF-Verlag 2022, 300 Seiten, 38 Franken) während eines



feierlichen Aktes in Basel der Öffentlichkeit vorgestellt worden ist, haben sich auch in Zürich Gespräche rund um gebildet. Konkret am 1.12. im Bücherraum F. Weil neunzig Minuten für eine profunde Auseinandersetzung schlicht zu wenig sind, nehmen jetzt Esther Gisler-Fischer, Brigit Keller, Doris Strahm und Dolores Zoé Bertschinger den Faden wieder auf und laden alle interessierten Frauen zur weiterführenden Diskussion. Insofern hat sich das Begehren des Buches, nicht nur die Historie überblickend zusammenzufassen sondern zugleich auch den Stein am Rollen zu halten, erfüllt. Das Themenspektrum ist so umfassend, dass dies nicht der letzte Diskussionsanlass bleiben dürfte. *froh.*

«**Es geht weiter...**», Di, 25.4., 18.30h, FrauM, Mattengasse 27, Zürich.

Tachles reden

Mal Elevé, bürgerlich Pablo Charlemoine, ist ein deutsch-französischer Musiker, der lange zusammen mit seinem Bruder als Band «Irie Révoltés» tourte und Erfolge feierte. «Résistance Mondiale» ist seine erste Soloplatte, in der er vorrangig das Unverständnis gegenüber «la misère du monde» (Piaf) besingt. Also eher: be- und anklagt. Denn seine Texte klingen mitunter eher wie Wutausbrüche als wie Erklärstücke. Weshalb die grossen Diebe juristisch und im öffentlichen Ansehen anders behandelt werden als Kleinganoven, will ihm einfach nicht in den Kopf. Genauso wenig, wie in grossen Teilen der mitteleuropäischen Bevölkerung mehr oder minder stillschweigend hinge-

nommen wird, dass sich das Mittelmeer längst in ein Massengrab verwandelt hat. Die Musik klingt vergleichbar aufgekratzt wie in den 1980er-Jahren «Les beruriers noirs», die der französischen Punk-



Anarcho- und Wutjugend eine Stimme verliehen. *froh.*

Mal Elevé: «**Résistance Mondiale**», Sa, 25.4., 20h, Salzhaus, Winterthur.

Weiterbilden

Seit jeher liegt der Fokus des queeren Filmfestivals «Pink Apple» darauf, die vielen verschiedenen nicht heteronormativen Lebensaspekte ins Rampenlicht zu stellen. Die Spurensuche in Filmen deckt verschiedene Aspekte und Interessen ab. Von der Wissensvermittlung über subkulturelle Emanzipationsbestrebungen über Portraits von Pionier:innen von Sport bis Kunst und frühen Vorbildern in Gesellschaft und Politik bis hin zu aktuell sich immer weniger uniform äussernden Ansprüchen auf Gehör. Natürlich ist ein Filmfesti-



Jean Carlomusto, «Esther Newton made me gay»

val zugleich immer auch eine kleine Weltreise und ebenfalls das cinéastische Erbe der queeren Filme kommt nicht zu kurz. Genauso wenig aber die Unterhaltung und die in Foren und Podien zum Ausdruck gelangende, von Inhalten her gedachte soziale Funktion als Brückenbauerin. Denn erst die Kenntnis einer anderen Warte ermöglicht es, ein Verstehen entwickeln zu können. *froh.*

«**Pink Apple – queeres Filmfestival**», Di, 25.4. bis Do, 4.5., Kino Movie u.a., Zürich.

www.pinkapple.ch

«Ich will Quartiere zum Leben schaffen»

Am 16. Juni wird in Winterthur die Nachfolgerin oder der Nachfolger des abtretenden Stadtrats Jürg Altwegg gewählt. Mit Martina Blum soll eine Politik-Newcomerin mit viel umweltpolitischem und umweltökonomischem Know-how den Platz der Grünen verteidigen.

Tim Haag

In der institutionalisierten Politik ist Martina Blum eine Newcomerin: Die 50-Jährige ist seit 2022 Winterthurer Stadtparlamentarierin. Umweltpolitisch interessiert ist sie aber schon seit klein auf, genauer seit dem 29. April 1986 – drei Tage nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl. «Wir hatten das Wochenende in den Bergen verbracht», erinnert sich die geborene Augsburgerin bei Kaffee und veganem Kuchen in der Winterthurer Markt-gasse. «Und wir haben die ganze Zeit im Gras gespielt, ohne zu wissen, dass es verstrahlt war.» Als die Sowjetunion das wahre Ausmass der Katastrophe zugibt, gibt es in Martinas Familie während Monaten keine Milch mehr, keine Frischwaren, dafür Zeitungsartikel und Radiobeiträge über Becquerel, Geigerzähler, Strahlenschutzwerte.

«Wir haben die ganze Zeit im Gras gespielt, ohne zu wissen, dass es verstrahlt war.»

«Für mich waren diese Dinge das, was für meine Kinder R-Werte, Impfquoten und Virusvarianten sind», sagt Blum. «Ich war fasziniert von diesen Dingen, und in dieser Zeit entschied ich: Ich will mich für die Erhaltung der Natur einsetzen.»

Also studiert Blum in München Umwelttechnik, dann Umweltökonomie in Edinburgh, um Nachhaltigkeit volkswirtschaftlich denken zu können. In einem Austausch in Massachusetts lernt sie ihren Ehemann Thomas kennen, der während seines ETH-Studiums ein Austauschsemester in den USA absolviert. 2000 ziehen sie zusammen nach Winterthur, in die Heimatstadt von Thomas, und gründen ihre mittlerweile fünfköpfige Familie. In Winterthur arbeitet Blum als Nachhaltigkeits-analystin, dann als Umweltmanagerin von «Swiss Re» und AXA, danach ist sie während acht Jahren stellvertretende Energiebeauftragte in der Stadt Zürich, an der Schnittstelle zwischen Verwaltung



Martina Blum will für mehr Grünflächen im für sie zu grauen Winterthur sorgen. Geschehen soll das mittels Kandidatur für die Stadtratsersatzwahl in der Eulachstadt. (Bild: Tim Haag)

und Politik. Diese Schnittstelle bedienen, Verständnis auf beiden Seiten schaffen zu können, ist für Blum eine wichtige Kompetenz für die Arbeit in der Exekutive.

Mickey-Mouse-Ökonomie

Den Sprung von der Schnittstelle in die institutionalisierte Politik unternimmt Blum 2022, als sie ins Winterthurer Stadtparlament gewählt wird. Ein Entscheid, der ganz im Sinne ihres politischen Kernprogramms, der Nachhaltigkeit, ist: Sich dort, wo man lebt und arbeitet mit den eigenen Erfahrungen und Fähigkeiten einbringen. Und: «Ich befasse mich seit 25 Jahren im Umweltmanagement, und seit 25 Jahren höre ich, dass die Rahmenbedingungen stimmen müssen. Mit mei-

«Seit 25 Jahren höre ich, dass die Rahmenbedingungen stimmen müssen.»

nem politischen Engagement kann ich selber dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen stimmen.»

Sollte die Wahl-Winterthurerin am 16. Juni in den Stadtrat gewählt werden, will sie wegkommen von einer «Mickey-Mouse-Ökonomie, in der das Finanzielle den grossen Kopf bildet und Soziales und Ökologisches die beiden kleinen Ohren sind». Das heisst: Weg von fossilen Brennstoffen und hin zu mehr stadtverträglicher Mobilität, mehr und attraktivere Velo- und Fusswege, mehr Grünflächen im asphaltlastigen Winterthur, mehr

Kreislaufwirtschaft, mehr Integration und Inklusion in Schulen, mehr Mitbestimmungsrecht für Jugendliche. Und nicht zuletzt will Blum die Identifikation der Winterthurer:innen mit ihrer Stadt stärken, sei das durch Anlässe wie die Musikfestwochen und das Albanifest oder durch die Sirupkurve im Stadion Schützenwiese. «Ich will Quartiere zum Leben schaffen – für uns und die nächsten Generationen», fasst Blum ihre Pläne für die Legislaturperiode bis 2026 zusammen. Über das Departement, von welchem aus sie diese Pläne im Falle eines Wahlsieges verfolgen würde, macht sich Blum vorerst keine Gedanken. Sie sei vielseitig interessiert, müsse nicht unbedingt Vorsteherin des Umwelt- und Sicherheitsdepartements werden – auch wenn sie in diesem Bereich das grösste Fachwissen mitbringe.

Innerparteilicher Gegenwind?

Zuallererst muss sich Blum aber gegen FDP-Kandidatin Romana Heuberger durchsetzen, mit der ein bürgerlicher Schulterchluss aus FDP, Mitte und SVP die progressive Mehrheit im Stadtrat kippen will. Für die Siegeschancen von Blum spricht, dass sie aufgrund ihres marktwirtschaftlich vergleichsweise freisinnigen Kurses auch vonseiten der Grünliberalen Unterstützung erhält. Für diese Offenheit zur Mitte habe sie einen gewissen innerparteilichen Gegenwind gespürt, gibt Blum zu. «Vermutlich liegt das aber auch daran, dass meine soziale Seite bisher zu wenig wahrgenommen wurde. Zum Beispiel, dass wir als Gesellschaft hinterfragen sollten, ob Menschen, die mit Menschen arbeiten, seien es Lehrerinnen oder Pfleger, nicht mehr verdienen sollten, als diejenigen, die mit Geld arbeiten.»

Versenkt oder verschoben?

Mit 101:66 Stimmen lehnte die Kantonsratsmehrheit gegen SP, Grüne, AL und Einzelne aus der SVP eine parlamentarische Initiative von Isabel Bartal (SP) ab, die für den CEO der Kantonalbank einen Lohn verlangte, der höchstens jenem des CEO der Nationalbank entsprechen darf.

Koni Loepfe

«Einen besseren Zeitpunkt zur Behandlung dieser Initiative kann man sich nicht vorstellen», fand Markus Bischoff (AL), als er, der die Initiative in der Stossrichtung, aber nur bedingt in den inhaltlichen Details in der ersten Behandlungsrunde unterstützt hatte, fulminant zum Mut für die Beschränkung der Löhne in der Zürcher Kantonalbank aufforderte. Der Vorstoss von Isabel Bartal (SP) verlangt eine Deckelung des Lohnes des CEO der Bank auf der Höhe des Lohnes des CEOs der Nationalbank, derzeit 1,35 Millionen Franken. Der abtretende ZKB-CEO Martin Scholl verdiente für seine letzten acht Monate 2,7 Millionen Franken, aufs Jahr hochgerechnet 4 Millionen Franken. Damit bewegte er sich durchaus in den Dimensionen der letzten beiden CEOs der CS.

Die Initiative von Isabel Bartal wurde vor einem Jahr eingereicht, und man tut ihr nicht Unrecht, wenn man sie in die Kategorie Demonstration des Unbehagens an den rasant steigenden Löhnen der ZKB-Spitze und als parteipolitische Profilierung ohne echte Chancen einstuft. Die Behandlung in der Geschäftsleitung (GL) des Kantonsrats erfolgte, wie Sibylle Marti (SP) ausführte, die zusammen mit Fraktionskollege Stefan Feldmann an diesem Montag rhetorisch brillierte, ohne grosses Engagement und auch ohne Bemühungen, einen Kompromiss in Form eines Gegenvorschlags zu finden. Die Mehrheit wollte den Vorstoss rasch vom Tisch haben, die Linke vergoss in der Geschäftsleitung

Typisch für die Einschätzung der Initiative war die Haltung des Bankpräsidiums. Bankpräsident Jörg Müller und der Bankrat verzichteten auf eine eigene Stellungnahme. (...) Eine Fehleinschätzung oder Gleichgültigkeit, die sie noch teuer zu stehen kommen könnte.

auch nicht gerade viel Herzblut dafür. Typisch für die Einschätzung der Initiative war die Haltung des Bankpräsidiums. Bankpräsident Jörg Müller

und der Bankrat verzichteten auf eine eigene Stellungnahme. Sie teilten lediglich mit, dass die Bank den Mehrheitsgründen der Geschäftsleitung nichts beizufügen habe. Eine Fehleinschätzung oder Gleichgültigkeit, die sie noch teuer zu stehen kommen könnte.

Dann kam bekanntlich der Chlapf mit der CS, und die Boni, auch wenn sie von Banken mit Gewinn bezahlt werden, erhielten auch bei den Bürgerlichen einen ganz anderen Geschmack. Konkret schlug es vor allem bei der SVP ein. Sie, die in Bern die Massnahmen zur Rettung der CS durch die Fusion mit der UBS abgelehnt hatte, konnte nun in Zürich zu den massiv gestiegenen Boni der Kantonalbank nicht einfach mehr schweigen.

Während Beatrix Frey (FDP und Sprecherin der GL-Mehrheit) betonte, die Löhne der Bankfachkräfte würden stark durch den internationalen Markt bestimmt, stellte Tobias Weidmann für die SVP die formalen Kompetenzen in den Vordergrund. Die ZKB gehört grundsätzlich dem Kantonsparlament, das diese mit zwei Instrumenten beaufsichtigt und teils auch leitet. Mit einer eigentlichen Aufsichtskommission und vor allem mit dem Bankrat, der nach Parteiproporz vom Kantonsrat gewählt wird und der unter anderem auch das Lohnreglement der Bankdirektion zumindest absegnet. «Es ist nun höchste Zeit, die absurd hohen Vergütungen auf ein vernünftiges Mass zu begrenzen», rief er in den Saal. Diese Begrenzung sei aber Aufgabe des Bankrats. Die SVP gebe ihm nun ein Jahr Zeit, dies in einem neuen Lohnreglement in Ordnung zu bringen. Falls nicht, werde man es mit den Mitteln erzwingen, wie es die Linke heute schon wolle. Stefan Feldmann (SP) nannte dies «verwedeln» und forderte noch mehr Mitglieder und die ganze SVP-Fraktion auf, bereits heute «klare Kante» zu zeigen. Sonst, platzierte er nebenbei, könne er sich eine Volksinitiative vorstellen, deren Ausgang wohl klar sei.

Beatrix Frey erklärte zwar, dass auch beim Freisinn die «Regulierschmerzgrenze mittlerweile tief liege», aber mangelnde Kante kann man den Freisinnigen nicht vorwerfen. «Wir sind sowohl gegen Minimallohne wie gegen eine Lohndeckelung», erklärte Dieter Kläy. Ebenso klar gegen direkte Lohneingriffe durch den Kantonsrat sprachen sich für die EVP Markus Schaaf und Stefanie Huber für die GLP aus. «Sind wir mit der Arbeit der Bankrät:innen unzufrieden, müssen wir andere wählen», führte sie aus.

Marzena Kopp eierte für die Mitte etwas herum. Ob man mit hohen Löhnen die richtigen

Leute finde, bezweifelte sie, und sie stellte auch fest, dass die Boni bei der ZKB stärker als der Gewinn gestiegen seien. Fand aber, dass das Parlament nicht der richtige Ort zur Regelung dieser Fragen sei.

Beispiel Klinikleitungen

David Galeuchet (Grüne) und andere Redner:innen der Linken hoben hervor, dass der Kantonsrat bei den Klinikdirektor:innen des Universitätsspitals einen gesetzlichen Lohndeckel eingeführt habe. Ihr Verdienst ist im Prinzip auf maximal eine Million Franken limitiert. Dieser Vergleich ist juristisch und materiell zutreffend, in der Umsetzung dürften hier allerdings einige der Schwierigkeiten beginnen.

Während die Million Franken bei den Mediziner:innen bei der Realisierung kaum Lohneinbussen auslöst, sondern nur Erhöhungen bremst, liegt die Situation bei der ZKB anders: Der verlangte Lohndeckel von aktuell 1,35 Millionen Franken bedeutet für etliche Leitungsmitglieder mindestens eine Halbierung des letzten Lohnes. Damit besteht die Gefahr, dass sie die ZKB verlassen. Auch weil sie diese Reduktion als Geringschätzung empfinden. Zudem existieren real Marktlöhne: Man muss nicht speziell geldgierig sein, um bei der Wahl zwischen zwei gleichwertigen Stellen diejenige zu wählen, die deutlich besser entschädigt wird. Auch wenn die schlechter entlohnte immer noch sehr gut zum Leben reicht.

Markus Bischoff betonte, dass diese Lohndeckelung ein Wagnis sei, dass man aber den Mut dazu aufbringen müsse. Es war erstaunlich, wie viele Redner:innen von der ZKB als ihrer Bank sprachen, wie nicht nur Michael Zeugin (GLP) sie beinahe mit einem Heiligenschein versah. Sicher, die aktuellen Zahlen der ZKB sind gut. Aber erstens ist ihre Weste nicht ganz so rein, wie sie derzeit gewaschen wird, und zweitens ist die Bonusverteilung (ein Drittel des Gewinns) für die Zukunft gefährlich, auch wenn die Streuung recht breit ist. Das ist ein grosser Anreiz, sich auf den Gewinn zu stürzen, was gerade dieses Jahr nach dem Aus der CS keine sehr grosse Leistung erfordert. Aber abgesehen davon: Es ist schön und gut und für Kanton, Gemeinden und ZKB-Angestellte auch angenehm, wenn die Bank rentiert. Aber ihre Hauptaufgabe besteht nicht im Gewinnerzielen, sondern in der Versorgung der Zürcher Bevölkerung und vor allem der Zürcher Wirtschaft mit nötigen Bankleistungen zu guten Bedingungen.

Schulanlage und Frauenfussball

Der Zürcher Gemeinderat befasste sich diese Woche mit Schulhäusern, Sportplätzen und einigen Postulaten zu Themen, die in der jüngeren Vergangenheit bereits mehrmals im Fokus gestanden hatten.

Nicole Soland

An seiner letzten Sitzung vor den Frühlingsferien standen Vorstösse, die das Schul- und Sportdepartement betreffen, auf der Traktandenliste des Zürcher Gemeinderats. Doch zuerst gedachte der Rat mit einer Schweigeminute des letzten Dezember verstorbenen ehemaligen Ratspräsidenten Alfred Messerli (SP, Jahrgang 1930). Auch Rücktritte gab es zu vermelden: Nachdem letzte Woche der im Februar in den Kantonsrat gewählte Alan David Sangines (SP) verabschiedet worden war, sagte am Mittwoch die ab der neuen Legislatur ebenfalls (und in ihrem Fall nicht zum ersten Mal) dem Kantonsparlament angehörende Susanne Brunner (SVP) Adieu. Damit ist die SVP-Fraktion künftig ein reines Männergremium. Für Alan David Sangines kam mit Pascal Lamprecht übrigens ein alter Bekannter wieder in den Rat. Ebenfalls zurückgetreten ist Peter Anderegg (EVP), der, wenn auch mit Unterbrüchen, seit 1992 im Rat war.

Mit einer persönlichen Erklärung erinnerte Islam Alijai (SP) an die Kundgebung vom vergangenen 3. Dezember, als Menschen mit Behinderungen auf ihre Rechte aufmerksam gemacht hätten. Aktueller Anlass seiner Erklärung war eine frisch eingereichte Behördeninitiative für ein Stimmrecht für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen.

Projektierungskredit von 10,5 Mio. Franken

Von den vier Vorlagen des Stadtrats gab vor allem eine zu reden, jene für die Erweiterung und Instandsetzung der Schulanlage Staudenbühl in Seebach. Kommissionssprecher Balz Bürgisser (Grüne) schickte voraus, dass dort eine grosse Gesamtschule entstehen soll und dass der Bedarf «unbestritten» sei. Die neue inklusive Schule soll Platz für sieben Primar- und 18 Sekundarklassen sowie

drei Klassen der Heilpädagogischen Schule Platz bieten, also rund 150 Primar- und zirka 400 Sekundarschulkindern. Im Neu- und Altbau zusammen werden künftig etwa 750 Schüler:innen zwischen vier und 17 Jahren unterrichtet und betreut, und rund 250 Personen werden dort arbeiten, 185 davon im Neubau. Nebst dem Neubau und der Instandsetzung der bestehenden Gebäude sowie der Dreifachsporthalle erwähnte Balz Bürgisser auch, dass der Fernwärmeanschluss erweitert wird und dass eine Photovoltaikanlage ebenso vorgesehen ist wie Massnahmen zur Hitzeminderung. Die Kosten für Neubau und Instandsetzung würden auf rund 135 Millionen Franken geschätzt, fügte er an, wovon zirka 28 Millionen Franken auf die Instand-

Mit dem Rücktritt von Susanne Brunner wird die SVP-Fraktion zu einem reinen Männergremium.

setzung fielen. Inklusive Reserven sei mit einem Gesamtkredit von 162 Millionen Franken zu rechnen. Konkret zu beschliessen hatte der Rat erst mal über einen Projektierungskredit von 10,5 Millionen Franken für den Neubau. Der Projektwettbewerb soll diesen Herbst stattfinden.

Aus der Kommission gab es zwei Änderungsanträge. Mit dem ersten verlangten SP und Grüne als Minderheit, dass sich die Grösse des Mehrzweckraums «nach den kantonalen Richtlinien» richten solle. Balz Bürgisser führte aus, die aktuell geplanten 90 m² seien zu wenig, für eine Schule mit 24 Klassen müssten es 144 m² sein. Der zweite Antrag war ein alter Bekannter – wie schon bei ande-



Bereits instandgesetzt ist die Schulschwimmanlage im Staudenbühl in Zürich Seebach. (Bild: Roland Bernath)

ren Schulvorlagen aus der jüngeren Vergangenheit forderten SP, Grüne, AL und GLP, dass auf dem Schularreal keine zusätzlichen Autoparkplätze eingerichtet werden sollten. Für die FDP prangerte Sabine Koch die hohen Kosten an und erklärte, statt der mit dem Mobilitätskonzept möglichen und von Links-Grün geforderten minimalen Anzahl von 19 Parkplätzen bräuchte es mindestens deren 35. Christine Huber (GLP) erklärte, für ihre Fraktion überwiege das Positive; das einzige, was es zu bemängeln gebe, seien die hohen Kosten. Moritz Bögli (AL) gab bekannt, beim ersten Änderungsantrag wechsele die AL, die sich in der Kommission enthalten hatte, zu SP und Grünen, womit die Minder- zur Mehrheit wurde. Damit kamen beide Anträge durch, und in der Schlussabstimmung sprach sich der Rat mit 84 gegen 14 Stimmen (der SVP) bei 22 Enthaltungen (der FDP) für den Projektierungskredit aus.

Mehr Platz zum «tschutte»

Anhand eines Postulats von Martin Götzl (SVP) und Anjushka Früh (SP) zeigte sich wieder mal: Wenn es um etwas Konkretes geht, dann sind Kooperationen zwischen den beiden Ratshälften durchaus möglich und erfolgreich. Die beiden forderten die Anpassung der Fussballfelder der Sportanlage Eichrain «zur optimaleren Nutzung für den Frauen- und Mädchenfussball». Balz Bürgisser stellte für die Grünen

den Änderungsantrag, dass es keine Kunst-, sondern ausschliesslich Naturrasenplätze geben solle. Denn solche «Plastikrasen» heizten sich stark auf und bewirkten so das Gegenteil von Hitzeminderung. Er hatte damit keinen Erfolg: Mit 103:16 Stimmen überwies der Rat das Postulat.

Gleiches Thema, gleiche Argumente

Viel zu reden gaben sodann Postulate zu Themen, die in letzter Zeit gefühlt jeden dritten Mittwoch zur Sprache kommen... und deshalb hier nicht erneut ausführlich abgehandelt werden. Nur soviel: Die SP-, Grüne- und GLP-Fraktion verlangten mit ihrem Vorstoss eine «vertiefte Auseinandersetzung mit den Themen Rechtsextremismus und menschenverachtenden Ideologien an den Schulen ab der Mittelstufe». Martina Zürcher (FDP) stellte namens ihrer Fraktion den Textänderungsantrag, «Rechtsextremismus» durch «gewaltbereiten Extremismus» zu ersetzen, wovon die Postulant:innen ebensowenig wissen wollten wie vom Antrag von Moritz Bögli (AL), der «Rechtsextremismus» durch «Neofaschismus» ersetzt haben wollte. Und selbstverständlich ging es den Bürgerlichen in der Debatte vor allem darum, dass die linke Ratsseite «den Linksextremismus ausblendet», wie Jean-Marc Jung (SVP) es formulierte. Mit 68 gegen 49 Stimmen (von SVP, FDP, Mitte-/EVP und AL) kam das unveränderte Postulat durch.

Initiative fordert kantonale Wohnbaugesellschaft

Die kantonale Volksinitiative für mehr günstige und gemeinnützige Wohnungen, die sogenannte Wohnungsinitiative, ist lanciert. Hauptforderung: Der Kanton soll selber eine öffentlich-rechtliche Wohnbaugesellschaft gründen.

Nicole Soland

Zuoberst auf der Liste des Initiativkomitees der heute Freitag lancierten kantonalen Volksinitiative für mehr günstige und gemeinnützige Wohnungen prangt ein prominenter Name, der des Zürcher Stadtrats Daniel Leupi (Grüne). Aktuell ist der Finanzvorsteher sogar noch ein bisschen prominenter, kandidiert er doch für den Ständerat: Was für ein Zufall... Darauf angesprochen, winkt Daniel Leupi ab: Die Arbeiten an der Wohnungsinitiative liefen seit über einem Jahr. Und sein Name stehe zuoberst, weil er der «geistige Vater» der Initiative sei: «Die im letzten Herbst gestartete kantonale Volksinitiative eines breit abgestützten Komitees mit Vertreter:innen aus SP, Grünen, GLP, Mitte, EVP, AL und Wohnbaugenossenschaften Zürich, dem ich ebenfalls angehöre, setzt sich für ein Vorkaufsrecht für die Gemeinden ein. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, doch ich bin der Meinung, dass der Kanton generell mehr machen muss.» Deshalb fordere das Initiativkomitee

der frisch lancierten Wohnungsinitiative, dem ansonsten hauptsächlich Kantonsrät:innen von SP, Grünen und AL angehören, dass der Kanton den gemeinnützigen Wohnungsbau stärker fördert, und zwar durch die Vergabe von Baurechten sowie durch Darlehen und Staatsbeiträge. Gleichzeitig soll der Kanton eine öffentlich-rechtliche Anstalt betreiben, die «günstigen Wohnraum erstellt, unterhält oder vermietet oder gemeinnützigen Wohnbauträgern Baurechte einräumt oder überträgt». So steht es im Initiativtext.

Kostenmiete und Klimaschutz

Wie die Reaktionen der Bürgerlichen auf diese Idee ausfallen dürften, lässt sich leicht ausmalen: Sollte nur von «Verhältnissen wie in der DDR!» die Rede sein, ist es gut gelaufen... Ernsthaft: Warum braucht es eine staatliche Wohnungsanstalt? Würde es nicht genügen, wenn der Kanton damit aufhören würde, Wohnungen und Grundstücke, die er nicht selber benötigt, prinzipiell an den Meistbietenden zu verkaufen? Daniel Leupi hält dazu fest, damit sich der Kanton aktiv für mehr bezahlbaren Wohnraum einsetzen könne, brauche es erstens die entsprechende Rechtsgrundlage. Diese werde mit der Wohnungsinitiative geschaffen. Zweitens sei klar, dass der Kanton nicht in der Stadt Zürich wirken solle, wo sich bereits viele Akteur:innen um Wohnraum zur Kostenmiete kümmern, sondern vor allem im zweiten und dritten Agglomerationsgürtel. Dort nehme nicht nur der Wohnungsmangel stark zu, sondern es fehlten auch Wohnbaugenossenschaften mit einer gewissen Grösse, die sich aktiv darum kümmern könnten, zum Verkauf stehende Grundstücke und Liegenschaften frühzeitig aufzuspüren und zu akzeptablen Preisen zu erwerben. «Ich sehe in meinem Departement, konkret bei Liegenschaften Stadt Zürich, welchen Unterschied eine solche Herangehensweise machen kann», betont Daniel Leupi: «Seit sich zwei Mitarbeiter:innen ausschliesslich damit befassen, geeignete Objekte zu finden und wenn möglich zu erwerben, hat die Stadt etliche Käufe mehr abschliessen können als früher.»

Die neue kantonale Wohnbaugesellschaft soll, geht es nach dem Initiativkomitee, «ein starker Player im Kanton Zürich werden»: «Ausgestattet mit einem Startkapital von 500 Millionen Franken sowie mit geeigneten Grundstücken und Wohnungen, die der Kanton heute schon besitzt, wird eine solide Grundlage geschaffen, damit die neue Organisation merkliche Veränderungen im Wohnungsangebot herbeiführen kann.» Ausserdem verlangt die Wohnungsinitiative, dass bei den geförderten gemeinnützigen Neubauten und Sanierungen «die Erfordernisse von Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft ohne Wenn und Aber berücksichtigt werden».

FORUM

Leserbrief zum Beitrag «Europa – vom Zweiten zum Dritten Weltkrieg? Oder Frieden jetzt!» im P.S. vom 14. April

Grenzenlose europäische Naivität

Das ist ja super, dass Willi Herrmann das Rezept zum Stoppen dieses unsäglichen Kriegs gefunden hat, ich zitiere Pkt. 2.2. aus seinem Programm: «Die Russische Föderation zieht ihre Truppen, begleitet von den Blauhelmen, aus sämtlichen Oblasts ab und anerkennt die territoriale Integrität der Ukraine.» Dass da bisher noch niemand draufgekommen ist...

Jetzt muss nur noch jemand schnellstmöglich zu Herrn Putin eilen und ihm das Blatt mit diesem einsichtigen Programm überreichen. Er wird es lesen, und es wird ihm dabei wie Schuppen von den Augen fallen – nach einem Moment des Staunens wird er ausrufen: Genau, das ist es, so mache ich es, anstatt Zehntausende in den sicheren Tod zu treiben, Städte und Dörfer in Schutt und Asche zu legen, massenhaft Kinder zu entführen, meine Soldateska Frauen vergewaltigen und Zivilisten ermorden zu lassen, Spitäler und zivile Infrastruktur zu zerstören, Greuelataten unsäglichen Ausmasses zu begehen. Wieso nur bin ich nicht selber draufgekommen? Machen wir doch grad ab morgen so, mein lieber Willi Herrmann.

Vielleicht, aber wirklich nur vielleicht, wird er seinen Satz aber etwas anders beginnen: Genau, das ist es, solche grenzenlose europäische Naivität bestärkt mich darin, weiterhin Zehntausende in den sicheren Tod zu treiben...

Kurt Hemmann, Wermatswil

IN KÜRZE

Trägerverein übernimmt linksufriges Kino

Filmbegeisterte in Wädenswil und Umgebung können aufatmen: Der Weiterbetrieb des Schloss-Cinéma Wädenswil, dessen Zukunft lange Zeit ungewiss schien, ist gesichert. Sascha Heubacher, der das mittlerweile 101jährige Kino mit seinen rund 150 bordeaux-roten Polstersesseln 2009 gekauft hatte, und sein Partner Alfonso Bruchmann ziehen sich zurück. Für das traditionsreiche Landkino, das letzte überhaupt am linken Zürichseeufer, aber haben sie nun eine Nachfolgelösung gefunden. Per 1. Mai übergeben sie die Kinoräumlichkeiten dem unlängst eigens für die Fortführung des Kinobetriebs gegründeten Trägerverein «Schloss-Cinéma Wädenswil» unter Leitung von Sabrina Lejeune, wie sie auf ihrer Kino-Webseite bekanntgeben.

Lejeune führte zuletzt das Kino Orion des gleichnamigen Vereins in Dübendorf und war früher auch für eine grössere Kinokette tätig. Als Wädenswiler «Schlossherren» hatten Heubacher und Bruchmann all die Jahre viel Zeit, Geld und Herzblut in ihr Lichtspieltheater gesteckt und es in

Reklame



steuern-meili.ch

**Steuerberatung
Steuererklärungen
Steuerrecht
Testament & Erbe
Vorsorgeauftrag**

persönlich & kompetent

info@steuern-meili.ch +41 44 201 09 31
Mutschellenstrasse 46 8002 Zürich

einem arbeitsintensiven Nebenjob durch bessere und auch zunehmend schwierigere Zeiten geführt und am Leben erhalten. Jetzt wollen sie sich auf ein anderes «Herzensprojekt», den angelaufenen Umbau ihrer Kino-Liegenschaft Rex im aargauischen Wohlen konzentrieren. Aus dem einstmaligen Einsaal-Kino dort soll ein Triplex-Kino mit Bistro und weiteren Lokalitäten sowie mit Wohnungen und Büros darüber werden. Ihre Kino- und Wohnliegenschaft in Wädenswil aber wollen die beiden bisherigen Eigentümer behalten. *as.*

Keine Kinder zweiter Klasse

Das Netzwerk MNA, das sich für die Rechte von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten einsetzt, fordert in einem Appell an den Zürcher Regierungsrat die kindgerechte Betreuung und Unterbringung von allein geflüchteten Kindern und Jugendlichen. 4200 Menschen haben den Aufruf unter dem Titel «Keine Kinder zweiter Klasse» unterschrieben. Dies wurde am Donnerstag in einer Medienmitteilung festgehalten. Der Aufruf wird auch unterstützt von 20 NGOs, Menschen- und Asylrechtsorganisationen, dem VPOD, Vertreter:innen der Kirche und Politiker:innen aus GLP, SP, Grünen und AL. Die Betreuung und Unterbringung von minderjährigen Geflüchteten hat schon mehrfach für Medienberichte gesorgt, insbesondere das Jugendasylzentrum Lilienberg geriet in Schlagzeilen, weil dort die Betreuungsverhältnisse prekär sind. Platzmangel wegen Überbelegung, der überladene Arbeitsalltag und zu wenig geschultes Personal verunmöglichen eine kindgerechte Betreuung der knapp 100 Jugendlichen. Eine vom Regierungsrat in Auftrag gegebene externe Untersuchung hielt unmissverständlich fest: Das Kindeswohl der Jugendlichen ist akut gefährdet. Die Untersuchung zeigte, dass die groben Missstände keine Einzelfälle, sondern Folgen des Unterbringungs- und Betreuungssystems sind.

IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung, Auflage: 2450 Ex.

Herausgeber: P.S. Verlag, Hohlstr. 216, 8004 Zürich

Druck: CH Media Print AG, St. Gallen.

Redaktion: Min Li Marti (mlm.), Tel. 044/241 07 60 (Politik), Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241 07 60 (Politik/Produktion), Thierry Frochoux (froh.), Tel. 044/240 44 25 (Kultur/Produktion), Tim Haag (tim.) (Volontariat).

Mitarbeit: Koni Loepfe (kl.), Tel. 044/241 06 70, Peter Weishaupt (pw./Korrektorat), Hans Steiger (haste), Tobias Gerosa (tg.), Arthur Schächli (as.), Hermann Koch (hk.), Matthias Erzinger (me.), Angela Bernetta (net.), Roxane Steiger (rst.), Sergio Scagliola (sca.).

Inserate/Abos: Anna Hug, Iris Wehrli, Tel. 044/241 07 60. anzeigen@pszeitung.ch, aboservice@pszeitung.ch.

redaktion@pszeitung.ch, www.pszeitung.ch, PC-Konto: 87-569389-2
Erscheint seit Februar 1999 wöchentlich

Abopreis: Fr. 230.- (Gönner:innen: ab 300.-), enthält 10 x jährlich die Musikzeitung LOOP. Separat-Abo: 33.-, www.loopzeitung.ch

Das Netzwerk MNA fordert nun, dass das Parallelsystem in der Betreuung von schutzbedürftigen Kindern und Jugendlichen im Kanton Zürich aufgehoben wird. Für MNA sollen gleichwertige Unterbringungs- und Betreuungsstandards gelten wie für Minderjährige ohne Fluchterfahrung. Künftig soll die Unterbringung von MNAs in die Angebotsplanung des Amtes für Jugend- und Berufsberatung aufgenommen werden. Fachpersonen betonen, dass Kinder und Jugendliche besondere Bedürfnisse hätten, die berücksichtigt werden müssen. Rahel Castelli, Sozialarbeiterin und ehem. Mitarbeiterin MNA-Zentrum Lilienberg: «Was es braucht, sind kleine Wohngruppen und qualifiziertes Fachpersonal für allein geflüchtete Kinder und Jugendliche. Grossheimstrukturen wie das Jugendasylzentrum Lilienberg sind untauglich und sollen geschlossen werden.» Für Psychotherapeutin Sandra Rumpel ist klar: «Kinder und Jugendliche haben alle die gleichen existenziellen Bedürfnisse, egal ob alleine geflüchtet, hier geboren und aufgewachsen. Ignorieren wir ihre Bedürfnisse, werden wir die gesellschaftliche und ökonomische Quittung vorgehalten bekommen.» Sie weist auch darauf hin, dass diese Kinder und Jugendlichen oft Erfahrungen mit körperlicher, sexueller oder psychischer Gewalt machen mussten, bewaffnete Konflikte, Hunger, Durst und Todesängste durchgestanden haben.



Das Netzwerk MNA überreicht seinen Appell «Keine Kinder zweiter Klasse» mit 4200 Unterschriften dem Zürcher Regierungsrat. (Bild: zVg)

Leandra Columberg, Kantonsrätin SP, betont: «Die heute vorliegenden Informationen vom kantonalen Sozialamt zum künftigen Unterbringungssystem sind besorgniserregend: Das kantonale Sozialamt nimmt weitere Kinderrechtsverletzungen in Kauf und weist seine Verantwortung von sich. Es ist mehr als angezeigt, dass der Betreuungsauftrag dem Amt für Jugend- und Berufsberatung überwiesen wird.» Der Appell wurde am Donnerstag dem Regierungsrat übergeben. *mlm.*

Waldbesetzung geräumt

Gestern Donnerstag wurden die Besetzer:innen im Rümplanger Wald (P.S. berichtete am 14.04.) von einem Grossaufgebot der Kantonspolizei geweckt – die Besetzung soll geräumt werden. Die «Wald-WG» besteht seit dem Osterwochenende

und protestiert gegen die Erweiterung einer Bau-schuttdeponie, für die der Wald gerodet werden soll. Die Gemeinde Rümplang hatte den Besetzer:innen zunächst noch ein Ultimatum bis zum vergangenen Samstag gestellt, welches nicht eingehalten wurde.



Die Besetzung im Rümplanger Wald wird von der Kantonspolizei Zürich geräumt. (Bild: zVg)

Nun folgt, wie bereits von der Gemeinde angedroht, die Räumung. Die Polizei hat die bislang friedlich verlaufende Besetzung mit Polizeihunden und Einsatzmitteln wie Tränengas und Gummischrot betreten – und das Sanitätsteam weiter aus dem Wald verwiesen. Einige Aktivist:innen haben auf den Aufmarsch der Kapo hin den Wald verlassen. Eine Person wurde laut Liveticker der Besetzer:innen in Gewahrsam genommen. Gemäss Mitteilung der Aktivist:innen harren zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses noch zwei Besetzer:innen in den Bäumen aus – und die Kletterpolizist:innen, die sie aus dem Baum holen sollen, seien «lost in einem Baum an hängen» und kämen nicht mehr runter, heisst es auf den Social-Media-Kanälen der Besetzung. Am Wochenende hätte es in der «Rümi» übrigens einen Workshop zur Verbesserung der Kletterfähigkeiten gegeben. In der «Räumi» wohl nicht. *sca.*

Brings uf d'Strass

Im Sommer 2023 findet die Aktion «Brings uf d'Strass» an zwei Standorten im Kreis 4 statt, wie das Tiefbauamt der Stadt Zürich am Donnerstag mitteilte. Die Standorte sind an der Gartenhofstrasse und an der Cramerstrasse. Die Wahl der Standorte fiel im Dialog mit Anwohner:innen und Gewerbetreibenden. Die Ausgestaltung und Nutzung wurde zusammen mit dem Quartier erarbeitet. 2021 war bereits eine «Brings uf d'Strass»-Aktion im Kreis 4 geplant am Standort Ankerstrasse, Abschnitt Badener- bis Zweierstrasse. Dagegen wehrten sich Anwohner:innen. Aufgrund einer Einsprache verzichtete das Tiefbauamt auf die Durchführung. Danach forderte eine Gruppe von über 120 Anwohner:innen und Gewerbetreibenden, das Projekt wieder aufzugreifen. Das Tiefbauamt setzte daraufhin eine Dialoggruppe ein, die einen Austausch zwischen Gegner:innen und Befürworter:innen führte und den Standort wählte. *mlm.*

OPER THEATER KONZERT

Werben auch Sie hier für Ihre Veranstaltung:
kulturmagnet.live

OPERNHAUS ZÜRICH

044 268 66 66, opernhaus.ch

Fr 21. April, 20.00, Opernhaus

Viva la mamma

Oper von Gaetano Donizetti

Sa 22. April, 19.00, Opernhaus

Roméo et Juliette

Oper von Charles Gounod

So 23. April, 11.15, Opernhaus

Bernstein Copland Sibelius

5. Philharmonisches Konzert

19.00, Opernhaus

Viva la mamma

Oper von Gaetano Donizetti

THEATER

SCHAUSPIELHAUS ZÜRICH

044 258 77 77, schauspielhaus.ch

Fr 21. April, 20.30, Pfauen. **Security** mit

Thelma Buabeng & Celina Bostic

Sa 22. April, 19.30, Schiffbau-Halle

Riesenhaft in Mittelelde von Stephan

Stock & Theater HORA, Das Helmi

Puppentheater, Nicolas Stemann &

Ensemble. *Premiere*. 19.00, Pfauen

Der Ring des Nibelungen von Necati Öziri

21.30, Schiffbau-Matchbox. **Offene Bühne**

So 23. April, 16.00, Pfauen. **Der Ring des**

Nibelungen von Necati Öziri

BERNHARD THEATER

044 268 66 99, bernhard-theater.ch

Fr 21. April, 20.00. **VRENELI**

Puppentheater vom Theater überLand

So 23. April - So 30. April, Mi/Sa/So

Die Bremer Stadtmusikanten Familienmusical

THEATER AM HECHTPLATZ

044 415 15 15, theaterhechtplatz.ch

Fr 21. April - Fr 12. Mai, Do-Sa 19.30 /

So 18.00. **Komödie mit Banküberfall**

KONZERT

TONHALLE-ORCHESTER ZÜRICH

044 206 34 34, tonhalle-orchester.ch, Tonhalle Zürich

Fr 21. April, 19.30, TZ

Jan Willem de Vriend Leitung

Matthias Havinga Orgel

Bach

Mi 26. / Do 27. April, 19.30, TZ

Neu: **Patrick Hahn** Leitung

Noa Wildschut Violine

Neu: Mozart, Bruckner

Sa 06. Mai, 19.30, TZ

Konzertchor Harmonie Zürich

Konzertchor Harmonie Zürich; Peter

Kennel, Leitung; Gesangssolist*innen

Hensel, Fauré

ZÜRCHER KAMMERORCHESTER

+41 44 552 59 00, www.zko.ch

Di 25. April, 19.30, Tonhalle Zürich

TABULA RASA - Doppelkonzert mit Daniel Hope

& Sebastian Bohren Werke von Mozart,

Pärth, Schnittke, Grieg; UA:

M. Wettstein "The Temple of Silence"

p.s. päng!
Souvenir einer Geschäftsauslandreise ans Bellevue
DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG

**TICKETS AB
14.4. ERÖFFNUNG
& CLOSING NIGHT
17.4. FESTIVAL**

25.4. – 4.5.23
ZÜRICH

5.5. – 7.5.23
FRAUENFELD

Hauptpartnerin

Zürcher Kantonalbank

26. PINKAPPLE
QUEERES FILMFESTIVAL

Hauptpartnerin

SWISS

Eliten-Appell

Mit dem Buch «The Crisis of Democratic Capitalism» (Die Krise des demokratischen Kapitalismus) wendet sich Martin Wolf, Chefkomentator der «Financial Times» an jene, die zeitgleich Ursache wie auch Teil der Lösung der von ihm diagnostizierten Krise sind: die Elite. Die Verbindung aus liberaler Demokratie und Marktwirtschaft habe nach dem Zweiten Weltkrieg zu den erfolgreichsten Gesellschaften der Geschichte geführt. Zu einer Gesellschaft, in der sowohl Wohlstand wie auch persönliche Freiheiten für alle gestiegen sind. Das Zusammenspiel zwischen Demokratie und Kapitalismus sei immer ein wenig fragil gewesen und auch durch Widersprüche geprägt: So ist der Kapitalismus kosmopolitisch und Demokratie an Grenzen gebunden. Und das System ist verletzlich, weil sowohl Gefahr drohe durch eine Korruption der Politik durch Geld wie auch durch eine Aufhetzung der Bevölkerung durch Demagogen.

Das Erfolgsmodell des demokratischen Kapitalismus ist unter Druck. Die Anzahl demokratischer Länder stagniert, einstige Demokratien gleiten ab in autoritäre Systeme. Und auch in den einst erfolgreichen westlichen Demokratien sind populistische Strömungen mit teils autokratischen Tendenzen auf dem Vormarsch. Den Ursprung in der Krise sieht Wolf darin, dass das System Legitimität und Vertrauen benötigt. Und dieses Vertrauen sei nur gegeben, wenn die Mehrheit überzeugt ist, dass das System wirklich das Wohlergehen aller verfolge. Wachsende Ungleichheit, Abstieg und Bedeutungsverlust von unteren und mittleren Einkommenschichten hätten aber dieses Vertrauen infrage gestellt. Ein entscheidender Faktor sei die Finanzkrise von 2008 gewesen. Diese habe die Inkompetenz der politischen und finanziellen Eliten entblösst und die darauf folgenden Jahre der Sparpolitik habe zudem den wirtschaftlichen Fortschritt gebremst und die Lebensbedingungen verschlechtert. Der Aufstieg des «Rentier»-Kapitalismus (was nichts mit Weihnachten zu tun hat) hat entscheidend dazu beigetragen. Ein «Rentier» bezieht Einkommen aus Kapital und nicht aus der Arbeit. Dessen Vermögen und Einkommen ist explodiert, sein Wille, sich am Gesellschaftsvertrag zu beteiligen erodiert. Im Gegenteil hätten die Finanzindustrie und die Vermögenden ihren Einfluss und ihr Geld dazu verwendet, Gesetzgebung im Sinne ihrer Interessen zu verändern, in dem das Finanzwesen dereguliert und die

Steuern gesenkt wurden. Die gesenkten Steuern waren dann aber immer noch zu viel, wie sich immer wieder zeigt, wieviel Geld in Steueroasen abfließt. Das alles habe dazu beigetragen, dass die Eliten in Ungnade gefallen sind. Und es habe das Grundprinzip der liberalen Demokratie beschädigt, wonach politische Macht nicht durch Geld bestimmt wird, sondern durch die Menschen. Wolfs Rezept gegen die Misere knüpft bei Franklin Delano Roosevelt an. Man müsse die Eliten und die Politik wieder glaubwürdig machen und dies mit einem Programm, das die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen stärkt, die Chancengleichheit erhöht und die Privilegien der Mächtigen beschränkt. Die These, dass Finanzkrise und wachsende Ungleichheit zum Aufstieg von Populismus führen, ist indes weder neu noch unbestritten. So sieht beispielsweise die Politologin Pippa Norris die Ursache eher im kulturellen Wandel, der seit den 1960er-Jahren stattfindet und frühere gesellschaftliche Hierarchien infrage stellt. Dies zeige sich daran, dass auch relativ reiche Staaten wie die Schweiz oder die skandinavischen Länder starke rechtspopulistische Bewegungen hätten. Wolf sieht diese kulturellen Faktoren durchaus als Mitreiber an, glaubt aber, diese hätten keine Resonanz, wenn eine Politik die Verbesserung der Lebensbedingungen konsequent angehen würde.

Es sei auch für Reiche nicht angenehm, in einer Diktatur zu leben, meint Martin Wolf.

Die Rettung des demokratischen Kapitalismus sei auch im Interesse der Reichen, meint er in einem Podcast mit Martin Reeves, dem Direktor eines Thinktanks der Boston Consulting Group und wendet sich – wie auch bei seinen Kolumnen – sozusagen direkt ans betroffene Publikum. Der Kollaps des demokratischen Kapitalismus sei auch für die Reichen unangenehm. Sie würden zu den Verlierern gehören, wenn fremdenfeindliche und isolationistische Kräfte übernehmen. Denn es sei auch für Reiche nicht angenehm, in einer Diktatur zu leben. Weil man nie weiss, ob man noch in der Gunst der Autokraten steht. In der vergangenen Woche beschäftigte sich die Schweizer Politelite in einer ausserordentlichen Session mit der Rettung

der Credit Suisse. Es wurde viel debattiert und wenig entschieden. Es war von Anfang an klar, dass der Entscheid des Parlaments für die getroffene Lösung nicht ausschlaggebend ist. Die Ablehnung des Kredits, die das Parlament vorgenommen hat, war also eher eine Unmutsbekundung. «Eine spektakuläre Widerstandsgeste, die allerdings nicht mehr ist als genau das: Spektakel», kommentiert Daniel Binswanger in der «Republik». «Und die politische Impotenz der Schweizer Legislative eigentlich erst so richtig ins Scheinwerferlicht rückt.» David Biner stellt nicht die Impotenz, sondern die Inkompetenz in der NZZ ins Zentrum und konstatiert: «Denn sie wissen nicht, was sie tun.» Es zeigte sich rasch, dass der Willen, einen erneuten Fall Credit Suisse zu verhindern und eine effektive Bankenregulierung vorzunehmen oder mindestens die falschen Anreizsysteme, die durch die Boni-Kultur geschaffen wurden, sich auf verbale Verlautbarungen in Interviews oder in grossen Inseraten beschränkt. Und so ist zu befürchten, dass auch jetzt wie nach der Rettung der UBS so lange auf Zeit gespielt wird, bis jegliche Lust an griffiger Regulierung vergangen ist.

Der Zufall wollte es, dass ich kurz nach den Ereignissen rund um die Credit Suisse an einem Podium war, zu der das UBS Center for Economics eingeladen hatte. Das Thema hatte nichts mit Banken, sondern mehr mit Demokratie zu tun, der Föderalismus stand im Zentrum. Neben Podien gab es Fragen ans Publikum: Eine davon war, ob man es gut findet, wenn der Bundesrat per Notrecht handelt. Nun ist es nicht weiter erstaunlich, dass eine grosse Mehrheit befürwortet, dass die Exekutive in einer Krisensituation schnell entscheiden kann. Die Mehrheit fand allerdings auch, der Bundesrat sollte dies öfter tun können. Das mag ein wenig an der Situation und an der Fragestellung liegen. Aber ein leiser Verdacht besteht dennoch, dass durchaus etliche Menschen, gerade aus einer wirtschaftlichen Elite, den Normalbetrieb der Demokratie nicht als sonderlich nützlich empfinden. Das könnte sich dereinst rächen. Zu hoffen ist es nicht.



Min Li Marti

Basishilfe bedarf einer Basis-Menschlichkeit

Im politischen Theater rund um den Demonstrationzug vom 1. April ging es fast unter, aber der Stadtzürcher Gemeinderat hat zwei der wichtigsten sozialpolitischen Entscheide der letzten Jahre getroffen. Dabei ging es um Grundsätzliches: Soll das von der UNO und der Verfassung von Bund und Kanton explizit geschützte Sozialrecht abhängig sein vom Aufenthaltsstatus? Soll es der Stadt Zürich verboten sein, Hilfswerken Beiträge auszurichten, damit sie Menschen in Not effizienter beraten, begleiten und finanziell unterstützen können? Sollen Eltern, die unverschuldet in Notlage geraten sind, für sich und ihre Kinder keine Nothilfe beantragen können, ohne dass das Damoklesschwert vom Entzug des Aufenthaltsrechts über ihnen schwebt? Mit der Annahme der zwei parlamentarischen Initiativen bezüglich Pilotprojekten für eine Überbrückungshilfe für Ausländer:innen bzw. einer Basishilfe für Menschen ohne Aufenthaltsstatus hat der Gemeinderat diese Fragen deutlich beantwortet. Dass die Linke dies aber allein machen musste, zeigt, wie fest sich die angeblich liberalen Kräfte in dieser Stadt von ihren Grundsätzen abgewendet haben. Als in den 1970er- und -80er-Jahren eine Debatte über den Zugang von Kindern von Saisonarbeiter:innen und Sans-Papiers zu schulischer Bildung geführt wurde, sah es noch ganz anders aus. Schlussendlich befand eine breite Koalition von linken, kirchennahen und liberalen Kräften, dass der Aufenthaltsstatus beim Schulzugang keine Rolle mehr spielen sollte und Lehrpersonen sich nicht mehr strafbar machen sollten, wenn sie diese

Kinder nicht den Behörden meldeten. Heute weht ein anderer Wind. Es ist der

Heute weht ein anderer Wind. Es ist der Wind des Rechtspopulismus.

Wind des Rechtspopulismus, der einen exklusiven Zugang zu staatlichen Leistungen für die «Angehörigen der Nation» propagiert. Wenn sich nun GLP, Mitte, EVP und der einst so stolze Zürcher Freisinn hinter diese Forderungen der SVP stellen, ist das ein politischer Abgang erster Klasse, der nichts mehr mit liberalen und christlichen Grundwerten zu tun hat. In der von Reichtum strotzenden Stadt Zürich profilieren sich jetzt also die liberalen und kirchennahen Parteien mit Ideen, die europaweit fremdenfeindliche und faschistoide Politiker:innen wie Orbán, Meloni, Le Pen oder Blocher gross gemacht haben. Es ist ein Weg des Antiliberalismus, von Neid und Missgunst – versteckt hinter angeblich rechtsstaatlichen Grundsätzen. Aber schlussendlich geht es um Menschen, um Schicksale von Kindern und Erwachsenen, die reale Existenzängste haben. Ängste, die sich die allermeisten von uns gar nicht erst vorstellen können. Für mich ist klar, dass Menschen, die oft seit Jahren ihren Lebensmittelpunkt in dieser Stadt haben und in Not geraten, geholfen werden muss – unabhängig vom bestehenden oder fehlenden Aufenthaltsstatus. Über solch einen Grundsatz, der früher scheinbar unbestritten war, will die Rechte nun nicht

mal mehr eine politische Debatte führen. Anstatt das Referendum zu ergreifen, will der Zürcher Freisinn anscheinend lieber jahrelange Gerichtsverfahren führen. Dies, weil er genau weiss, dass seine inhaltliche Argumentation nicht standhält. Das er sich nun trotzdem mit allen Mitteln gegen diese Vorlagen stellt, ist nicht nur ein

Wenn sich nun GLP, Mitte, EVP und der einst so stolze Zürcher Freisinn hinter diese Forderungen der SVP stellen, ist das ein politischer Abgang erster Klasse, der nichts mehr mit liberalen und christlichen Grundwerten zu tun hat.

Armutszeugnis, sondern geradezu eine Kapitulation an den Rechtspopulismus.



Moritz Bögli,
Gemeinderat AL

Die AL erhält von P.S. in der Rubrik «Meh Biss» jeden dritten Freitag im Monat eine Plattform für ihre Themen.

Cartoon by Roman Prelicz



Profite privat? Die Banken dem Staat!

Es war ein Crash mit Ansage, der sich vor ein paar Wochen dann endgültig vollzogen hat. Die CS ist über Jahre eine Hochrisikostategie gefahren, am Ende musste sie vom Staat und der UBS gerettet werden. Insgesamt bis zu 259 Milliarden Franken an Staatsgeldern wurden dieser Grossbank in den Rachen geschmissen.

Wir wollen nicht weiterhin alle paar Jahre hören, diese Grossbanken seien halt «too big to fail» und man müsse sie jetzt retten, damit das gleiche, ungerechte System weitergezogen werden kann.

259 Milliarden, während es bei den Renten, in der Bildung und beim Klimaschutz an allen Ecken und Enden an Geld fehlt.

Kurz nach der milliardenschweren Rettung der CS kündigt Finanzministerin Karin Keller-Sutter ausserdem eine Kürzung um 260 Millionen Franken bei der AHV an. Das ist bezeichnend für den bürgerlichen Staat und seine Prioritäten. Denn wo diese liegen, hat er mit dieser Aktion einmal mehr eindrücklich bewiesen: nämlich im Schutz des Schweizer Kapitalismus und seinem höchsten Gut: den Schweizer Banken. Die Manager:innen und Mächtigen dieser Banken nehmen dieses Geld mit Freude entgegen und machen ihrer Dreistigkeit keinen Abbruch. An der Generalversammlung des 4. April liess sich

der Verwaltungsrat der CS trotz des Zusammenbruchs eine Unmenge an Boni ausschütten. Insgesamt 32 Milliarden an Boni liessen sich die Manager:innen seit 2013 auszahlen. Dies grenzt an einen Bankraub. Kein Bankraub mit Knarren, aber einer mit System, um Mirjam Hostetmann, Vizepräsidentin der Juso Schweiz und Rednerin an dieser GV, zu zitieren.

Kurz gesagt: Mit dieser Übernahme wird sich kaum etwas ändern. Es ist ein marodes Finanzsystem, das auf Deregulierung aufbaut, das für die Finanzkrise 2008, für diese Krise jetzt und auch für den nächsten Finanz-Crash verantwortlich sein wird.

Ganz nach dem Motto: Profite privat, Verluste dem Staat. Aber nicht mit uns. Die Zeit, in der Gewinne und Wohlstand für das eine Prozent und Krise und Not für die 99 Prozent der Status quo sind, müssen endlich vorbei sein. Wir wollen nicht weiterhin alle paar Jahre hören, diese Grossbanken seien halt «too big to fail» und man müsse sie jetzt retten, damit das gleiche, ungerechte System weitergezogen werden kann.

Deshalb rufen wir zur Grossdemonstration in Zürich am 22. April um 14 Uhr am Ni-Una-Menos-Platz auf und fordern die Enteignung und Vergesellschaftung aller Grossbanken, ein allgemeines Boni-Verbot, das Verbot von klimaschädlichen und anderweitig ausbeuterischen Investitionen sowie eine Stärkung des Sozialstaats. Wir fordern hiermit alle, die nicht mit dem Handeln des Bundesrates und der Grossbanken übereinstimmen und/oder die kapitalistische Realität als unterdrückend empfinden auf, sich an diesem Tag die Strassen im Herz des Systems dieser Grossbanken zu nehmen.

Wir sind viele. Wir sind mehr. Die Menschen gegen das Kapital!



Fernando Frauenfelder, Mitglied der Juso Stadt Zürich, Vorstand Juso Kanton Zürich

Hufeisentheorie – Gefährliche Verharmlosung von Rechtsextremismus

Wenn es bei linken Demonstrationen zu Gewaltausschreitungen kommt, werden wieder Rufe um die Hufeisentheorie laut. Diese besagt, dass sich extremistische Ideologien wie Kommunismus oder Faschismus im Kern ähneln und die Enden eines Hufeisens bilden, welches das gesamte politische Spektrum darstellen soll. Die Theorie lässt den Anschein erwecken, dass die Folgen von linksextremer Gewalt genauso schwerwiegend seien wie die von rechtsextremer Gewalt.

Gewalt ist immer zu verurteilen und zu keinem einzigen Zeitpunkt zu verharmlosen. Es gibt jedoch einige Unterschiede bei linksextremer und rechtsextremer Gewalt, welche die Motive und die Folgen betreffen. Diese lassen die Taten doch in ganz unterschiedliches Licht rücken. Während Linksextreme die Motive der Gerechtigkeit, der Solidarität und der Gleichstellung verfolgen und gegen unterdrückende Machtstrukturen eintreten, verfolgen Rechtsextreme rassistische, nationalistische und autoritäre Ideologien. Es geht oft darum, für eigenes Leid einen Sündenbock zu finden und diesen zu bestrafen. Der gesuchte Sündenbock ist dabei meist selbst schon Teil einer Minderheit und ist nicht der Grund für das erfahrene Leid von anderen.

Opfer von rechtsextremer Gewalt sind öfters Menschen, bei linksextremer Gewalt handelt es sich mehrheitlich um Sachschäden. So wurden zwischen 1990 und 2020 in Deutschland vier Menschenleben Opfer von linksextremer Gewalt, während durch rechtsextreme Gewalt 198 mutmasslich getötet wurden. Klar ist, dass jeder Verlust von Menschenleben einer zu viel ist, und kein Motiv kann das auch nur ansatzweise rechtfertigen. Die Zahlen sprechen jedoch für sich selbst.

Die Hufeisentheorie relativiert menschenverachtende, rassistisch motivierte Gewalt und verharmlost diese. Sie verleitet dazu, die Bedrohung durch Rechtsextremismus zu wenig ernst zu nehmen. Rechtsextremistisches Gedankengut wird

Die Hufeisentheorie relativiert menschenverachtende, rassistisch motivierte Gewalt und verharmlost diese. Sie verleitet dazu, die Bedrohung durch Rechtsextremismus zu wenig ernst zu nehmen.

normalisiert, wodurch es schwieriger wird, sich gegen Hassverbrechen und Diskriminierung zu wehren. Des Weiteren verunmöglicht er den Antifaschismus und den Handlungsrahmen, um Schritte dagegen zu unternehmen. Wenn wir gegen rassistische und menschenverachtende Ideologien kämpfen wollen, müssen wir das Problem auch klar beim Namen nennen.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass die Hufeisentheorie gefährlich und förderlich für rechtsextremes Gedankengut ist. Wir müssen uns klar dagegen positionieren und dem Rechtsextremismus keine Möglichkeiten geben, sich zu verbreiten und als scheinbar legitime Meinung zu etablieren. Kein Fussbreit dem Faschismus!



Nadja Wirth, Vorstand Junge Grüne Zürich & Schweiz

«Nicht der Norm zu entsprechen, ist anstrengend»

Sabian Baumanns Film «Wem gehört der Himmel» feiert Ende April am Pink Apple Filmfestival Premiere. Im Gespräch mit Noëmi Laux spricht Regisseur* Baumann über das Outing, was es bedeutet, queer zu sein, und warum wir als Gesellschaft diverser geworden sind.

Als Sie vor etwa zehn Jahren mit den Dreharbeiten zu «Wem gehört der Himmel» begonnen haben, haben Sie sich als trans und non-binär geoutet. Was hat der Film mit Ihrer eigenen Geschichte zu tun?

Sabian Baumann: Ich habe mich schon 15 Jahre vor meinem offiziellen Outing in meinem engsten Freund:innenkreis als trans-non-binär identifiziert. Damals habe ich in den Medien und Büchern, in akademischen Kreisen und im Kunstkontext nach Informationen gesucht, um mich selbst und die politischen Zusammenhänge zu verstehen. Das war anstrengend. Heute ist das anders. Alle wissen, was trans oder non-binär bedeutet. Deshalb: Ja, viel von der Recherche, die ich für mein persönliches Verständnis gemacht habe, ist in den Film eingeflossen. Ich sehe den Film deshalb auch als eine Art Vermittlungsprojekt für mich und das Publikum.

Inwiefern ein Vermittlungsprojekt?

Der Film besteht zu einem grossen Teil aus Gesprächen mit Aktivist:innen aus der queeren Szene in der Schweiz und in Argentinien. Sie erzählen von ihren eigenen Erfahrungen, aber es wird auch viel historisches und politisches Hintergrundwissen vermittelt. Ich hätte mir gewünscht, dass ich mit 20 Jahren einen leichteren Zugang zu diesen Themen gehabt hätte. Ich habe keinen akademischen Hintergrund und musste mir vieles selbst aneignen oder von Leuten erklären lassen, die sich in akademischen Diskursen besser auskennen. Deshalb war es mir wichtig, dass der Film auch für Menschen mit anderen Ausbildungen und für solche, die bisher wenig Berührungspunkte mit diesen Themen hatten, verständlich ist. Der Film richtet sich nicht nur an queere Menschen, sondern an alle. Er soll zu einem besseren gegenseitigen Verständnis beitragen.

Die Erfahrungen, von denen die Menschen im Film erzählen, gehen über sexuelle Diskriminierung hinaus, viele berichten von Mehrfachdiskriminierung.

Ja, der Film hat einen intersektionalen Ansatz und soll die Überschneidung von Rassismus und Sexismus beleuchten und erklären. Intersektional bedeutet, dass eine Person wegen mehrerer Faktoren diskriminiert wird. Zum Beispiel wird eine

Schwarze Frau als Person of Colour und als Frau diskriminiert.

Die Gespräche, die Sie für Ihren Film geführt haben, fanden in der Schweiz und in Argentinien statt. Warum Argentinien?

Das Genderidentitätsgesetz in Argentinien war, als ich mit den Dreharbeiten begonnen habe, das fortschrittlichste der Welt. Seit 2012 ist in Argentinien ein dritter Pässeintrag ausserhalb der Binarität möglich. Erst als ich von der Einführung dieses Gesetzes hörte, entstand die Idee zum Film.

Ende April wird der Film am Pink Apple Festival in Zürich uraufgeführt. Als das Festival 1997 ins Leben gerufen wurde, hiess es noch Schwul-Lesbisches Filmfestival. Letztes Jahr wurde es zum queeren Festival umbenannt. Was sagt das über die aktuelle Entwicklung aus?

Das Wort «queer» ist im allgemeinen Sprachgebrauch noch relativ neu. Bis vor einigen Jahren kannten die meisten ausserhalb der Queerszene vor allem die Bezeichnungen schwul und lesbisch. Früher war «queer» im englischsprachigen Raum

«Ich hoffe, dass in der Schweiz bald ein dritter Geschlechtseintrag im Pass möglich ist. Oder noch besser, dass die Geschlechtsangabe ganz abgeschafft wird.»

Sabian Baumann

ein Schimpfwort. Die Theoretisierung des Begriffs kam im deutschsprachigen Raum erst Anfang der 1990er-Jahre auf. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass queer ein Überbegriff für alle Identitäten ist, die nicht der Cis-Heteronorm (Anmerkung der Redaktion: Eine Hetero-Cis-Person stimmt mit der zugeschriebenen Geschlechterrolle überein und hat die sexuelle Orientierung Heterosexualität) entsprechen.

Was bedeutet es für Sie als non-binärer Künstler, dass das Festival nun queer und nicht mehr schwul-lesbisch heisst?*

Ich finde es gut, dass es einen Überbegriff gibt, der versucht, alle Identitäten miteinzuschliessen, also auch inter-, trans- und non-binäre Identitäten.

Was bedeutet queer für Sie persönlich?

Für mich war queer die Antwort auf viele feministische Fragen, die mir teilweise widersprüchlich vorkamen. Es war aber auch zentral für mein Verständnis von mir selbst. Queer ist das Weiterdenken und die Auflösung der Geschlechterstereotype.

Wie erleben Sie den gesellschaftlichen Wandel seit Ihrem Outing?

Der Wandel, der in den letzten zehn Jahren diesbezüglich stattgefunden hat, ist unglaublich und stimmt mich zuversichtlich. Politisch ist für mich zur Zeit die grösste Errungenschaft ganz klar, dass man seit letztem Jahr ohne Auflagen den Geschlechtseintrag im Pass ändern kann – wenn bislang auch nur innerhalb der Binarität. Wir sind heute in der Schweiz so weit wie Argentinien vor zehn Jahren. Dennoch stehen wir im europäischen Vergleich nicht schlecht da. Aber nicht nur politisch hat sich viel verändert. Auch gesamtgesellschaftlich wird mehr auf Diversitätsbewusstsein geachtet als noch vor zehn Jahren.

Das Genderidentitätsgesetz in Argentinien wird vom Staat unterstützt. Braucht es in der Schweiz mehr staatliche Unterstützung?

Auf jeden Fall. Es braucht mehr Forschung zu Transgesundheit und eigene Abteilungen in Krankenhäusern für queere und non-binäre Menschen. Ich würde mir auch wünschen, dass Non-Binarität in Lehrmaterialien vorkommt und dass es geschlechtsneutrale Toiletten und Umkleieräume gäbe.

Was müsste sich sonst konkret verändern?

Ich hoffe, dass in der Schweiz bald ein dritter Geschlechtseintrag im Pass möglich ist. Oder noch besser, dass die Geschlechtsangabe ganz abgeschafft wird. Das würde natürlich Arbeit bedeuten, weil Gesetzestexte geändert werden müssten. Ich ver-

stehe nicht, warum sich die Leute dagegen wehren. Es geht ja nicht darum, jemandem etwas wegzunehmen. Im Gegenteil: Es gehört zu einer Demokratie, dass alle zu ihrem Recht kommen. Aktivismus sollte meines Erachtens gar nicht nötig sein, sondern alle Identitäten und Gruppierungen sollten in der Politik vertreten sein und ihre Bedürfnisse in die Gesetzgebung einbeziehen können. Es sollte nicht so sein, dass diskriminierte Menschen, die eh schon Mehrarbeit leisten, auch noch in ihrer Freizeit in Gratisarbeit um ihre Rechte kämpfen müssen. Das wird der Demokratie nicht gerecht. Gesellschaften verändern sich sowieso, es wäre schön, wenn es mit Verständnis, Vertrauen und Respekt passieren könnte, anstatt durch Kämpfe. Das würde allen Seiten viel Zeit, Arbeit und Nerven sparen.

Es outen sich heute viel mehr Menschen als nicht-hetero, und generell sind Themen wie geschlechtergerechte Sprache, aber auch feministische Anliegen stärker in der Diskussion. Woher kommt dieses Umdenken?

Der politische Druck ist sicher grösser geworden und bekam eine neue, globale Kraft durch Bewegungen wie «Ni Una Menos», wo die erste Demo übrigens 2015 in Argentinien stattfand. Aber auch der «Feministische Streik» und die «Black Lives Matter»-Bewegung tragen einen grossen Teil zu einem neuen Bewusstsein bei. Die meisten Bewegungen werden heute intersektionaler und breiter gedacht; viele Diskriminierungsformen werden berücksichtigt.

Inwiefern hat die Diskriminierung einer Minderheit Einfluss auf die gesamte Gesellschaft?

Nicht der vorherrschenden Norm zu entsprechen, löst negative Gefühle aus und kann sehr belastend sein, krank machen und sogar zum Suizid führen. Wenn ein Mensch nicht zu sich selbst stehen kann oder darf, wirkt sich das auch negativ auf sein/ihr soziales Umfeld und damit auf die ganze Gesellschaft aus.

Aber es gibt auch kritische Stimmen. Gerade wenn es um eine genderneutrale Sprache geht.

Das merke ich auch. Sprache ist ein umkämpftes Terrain. Das war schon immer so und erinnert mich sehr an die Kämpfe, als in den 1980er-Jahren das Binnen-I eingeführt wurde. Es zeigt, dass Sprache immer auch ein Spiegel der Gesellschaft ist. Gerade deshalb ist es wichtig, dass sie sich mit der Gesellschaft entwickelt. Ich verstehe, dass es vielen Menschen schwerfällt, die Sprache zu ver-



«Als trans-non-binäre Person ist man zeitweise fast gezwungenermassen Aktivist:in»: Regisseur* Sabian Baumann. (Foto: Noëmi Laux)

ändern, neue Wörter in den eigenen Wortschatz aufzunehmen und andere nicht mehr zu verwenden. Aber es ist nötig, da in der Sprache Machtverhältnisse und Wertungen abgebildet sind und es daher Worte und Formulierungen gibt, die für einen Teil der Menschen verletzend sind.

Wie erleben Sie Diskriminierung als non-binäre Person in der Schweiz?

Die Diskriminierung findet oft unterschwellig statt: Man wird nicht verstanden, falsch gegendert oder angestarrt. Das kann sehr energieraubend sein. Nicht der Norm zu entsprechen, ist anstrengend. Im Grossen und Ganzen geben sich die Leu-

«Die Diskriminierung findet oft unterschwellig statt: Man wird nicht verstanden, falsch gegendert oder angestarrt.»

Sabian Baumann

te aber grosse Mühe. Aber beispielsweise falsch gendern, das passiert auch mir gelegentlich und zeigt, dass diese Normen Jahrhunderte alt und tief in allen Strukturen verankert sind.

Sehen Sie sich als Aktivist?*

Ich würde meine Kollaborationen als Kunstaktivismus bezeichnen. Seitdem 2018 das Projekt «die grosse um_ordnung» von mir und anderen Künstler:innen auf dem Helvetiaplatz stattfand, habe ich das Gefühl, ich werde im Kunstkontext nicht mehr nur als Künstler* wahrgenommen, sondern auch als Aktivist*. Aber ich sehe mich in

erster Linie als kulturschaffende Person. Aber als trans-non-binäre Person ist man zeitweise fast gezwungenermassen Aktivist:in.

Wie meinen Sie das?

Als trans-non-binäre Person stellt man etwas dar, das für viele eine Herausforderung ist. Allein diese Selbstbehauptung ist eine Art Aktivismus, indem man dem Umfeld Erklärungen zur eigenen Identität abgibt oder bei Institutionen eine genderneutrale Anrede einfordert. All das trägt zur Sensibilisierung bei.

Kim de L'Horizon hat letztes Jahr als erste non-binäre Person den Deutschen und den Schweizer Buchpreis gewonnen. Was löst das in Ihnen als non-binäre Person aus?

Ich habe mich wahnsinnig gefreut. Es ist ein grossartiges Buch. Kim de L'Horizon hat es geschafft, mit einer unglaublichen Sensibilität zu beschreiben, was es bedeutet, non-binär zu sein. Das hat dazu geführt, dass das allgemeine Interesse an diesen Themen weiter zugenommen hat und selbst die NZZ einmal eine non-binäre Perspektive zu Wort hat kommen lassen. Gleichzeitig würde ich mir wünschen, dass auch Menschen, die sich nicht so gut ausdrücken können, in ihren Bedürfnissen ernst genommen werden. Klar aber ist, dass dieser Preis eingebettet ist in einen Prozess des Aktivismus, der schon lange andauert.

Abschliessend: Wem gehört eigentlich der Himmel?

Er sollte allen gehören. Oder nein, niemandem. Den Himmel kann man nicht besitzen.

«Wem gehört der Himmel» läuft am 27. April um 18.45 Uhr im Arthouse Picadilly im Rahmen des Pink Apple Filmfestivals. Im Anschluss an den Film gibt es ein Gespräch zwischen Sabian Baumann und Rahel El-Maawi.

«Zu meinen, unersetzbar zu sein, ist furchtbar»

Markus Bischoff muss nächsten Montag zu seiner letzten Kantonsratssitzung. Mit ihm verliert die AL einen ihrer besten Redner im Parlament, auf dem Parteispektrum ihren am breitesten geschätzten Politiker und überhaupt einen der bissigsten linken Kantonsräte. Aber so schlimm ist das gar nicht.

Sergio Scagliola

Seit 16 Jahren tragt Markus Bischoff fast jeden Montagmorgen mal im Rathaus, mal in der Halle 9, mal in der Bullingerkirche an. Als Fraktionspräsident ist es ihm nicht einmal vergönnt, auch die trockensten Sitzungen aus dem AL-Eck einfach auditiv aufzunehmen – fast jede Woche muss er mindestens einmal ans Redepult. Was er immer gern gemacht hat. So überrascht es auch nicht, dass er das Debattieren und Diskutieren am ehesten vermissen wird. Auch wenn das nicht immer einfach war. Irgendwann ist nunmal fertig. «Es ist auch anstrengend: Immer gibt es das Gerangel, wer jetzt den besseren Vorstoss hat, wer sofort jetzt intervenieren muss – das muss ich irgendwie nicht mehr haben. Ich habe auch die Energie nicht mehr, um mich ständig voll in Neues reinzuknien.» Schluss ist in Markus Bischoffs Fall mit 67 Jahren. Und der Rechtsanwalt freut sich sichtlich auf seine Pensionierung. Nachdem die letzten Fälle abgeschlossen sind, geht es zunächst mal auf Reisen. Weg aus dem Kanton Zürich, den er zwar nie als Wohnsitz verlassen will, aber es braucht offensichtlich eine kurze Verschnaufpause: «Ich bin

«Es gibt Tage, da fragt man sich: Was mache ich eigentlich hier? Und es gibt manchmal spannende Geschichten.»

in erster Linie froh, ein wenig zeitliche Freiheit zu gewinnen. Ich kann nun verreisen, wann ich will, habe keine vorgeschriebenen Ferien mehr, keine Montagmorgen mehr, die immer verplant sind.» Das sagt er nicht ohne Wehmut, aber auch mit einer gewissen Erleichterung: «Es gibt Tage, da fragt man sich: Was mache ich eigentlich hier? Und es gibt manchmal ganz spannende Geschichten. Aber: Ich konnte das jetzt 16 Jahre auskosten. Von dem her muss man sagen, es ist jetzt gut. Ich bin froh, dass es fertig ist. Und nochmals mit neuen Leuten in eine neue Legislatur, da habe ich ehrlicherweise keine Lust mehr.»

Eine lange Karriere

Das ist verständlich, denn es waren schliesslich nicht nur die 16 Jahre Kantonsrat, die an Markus

Bischoff sicher auch gezeit haben. Neben dem Kantonsparlament und dort auch dem Fraktionspräsidium blickt Markus Bischoff auf eine lange Karriere im Politikbereich zurück: Angefangen in der Revolutionären Marxistischen Liga, acht Jahre im Zürcher Gemeinderat, als Präsident des VPOD, mit Kandidaturen für Regierungs- und Nationalrat.

Dennoch fällt im Gespräch mit Markus Bischoff auf, dass er eigentlich gar nicht über sich, sondern über die Erfolge seiner Partei sprechen will, über die er sich am meisten zu freuen scheint: «Grundsätzlich können wir schon stolz sein – wir sind zu zweit gestartet und nun ist es die dritte Legislatur als Fraktion. Eine linke Partei, die neben SP und Grünen eine Fraktion stellen kann, ist schon eine starke Leistung, auch wenn nicht mein Verdienst. Aber offensichtlich konnten wir uns Gehör verschaffen, was gut ist. In der Deutschschweiz gibt es das sonst nirgends, das darf man schon anerkennen. Politisch konnten wir einiges erreichen, zum Beispiel bei der Revision zur Gesetzgebung der individuellen Prämienverbilligung. Da konnten wir mit einem Rechtsgutachten erreichen, dass der Kreis der Bezüger:innen weiter gesetzt werden konnte. Das war eine Teamleistung und auch eine Leistung, die darauf beruht, dass wir es immer wieder schaffen, Konstruktives einzubringen. Das ist zudem auch ein Kraftaufwand. Wir sind in vielen Kommissionen gar nicht vorhanden, deshalb ist es eine umso grössere Aufgabe.»

Eine Aufgabe, die von Fachkompetenz zeugt. Qualität statt Quantität könnte man sagen. Denn ohne Kompetenz versandet die Möglichkeit, dagegenzuhalten: «Man wird nur ernstgenommen, wenn man auch etwas zu sagen hat. Als Kasperlfigur kann man nicht im Rat langfristig existieren.» Trotz der Qualität kommt man allerdings ohne Quantität nur begrenzt weit. Denn die drei Legislatoren der AL-Fraktion sind auch drei Legislatoren der Niederlagen. Einerseits als Partei, die mit heute sechs Sitzen meist – respektive wenn überhaupt – nur das Zünglein an der Waage sein kann, und andererseits als Linke im allgemeinen. «Wir müssen mit sechs Leuten eine Mehrheit holen – und deshalb verlieren wir ja in erster Linie ständig seit 12 Jahren. Das muss man schon sehen. Wir sind permanent auf der Verliererseite. Jetzt hat man wenigstens als Linke in Umweltthemen eine knappe Mehrheit... oder zumindest gehabt.» Und

auch innerhalb der Minderheit wird man teils im Stich gelassen – und lässt die anderen manchmal

«Man wird nur ernstgenommen, wenn man auch etwas zu sagen hat. Als Kasperlfigur kann man nicht im Rat langfristig existieren.»

auch im Stich: «Es gibt schon Anliegen, wo wir auch innerhalb der Minderheit verloren haben. Sobald es irgendwo um viel Macht geht, um die Regierung, ist die SP natürlich eher staatstragend gewesen. Und bei solchen Themen hatte sie nicht immer ein offenes Ohr. Gescheitert sind wir mit der Geschlechterquote in allen Ämtern, wo die SP nicht mitgemacht hat, aus welchen Gründen auch immer. Jede Quote ist natürlich eine Einschränkung des freien Wähler:innenwillens, das ist systemimmanent. Aber: Wir haben sie natürlich auch manchmal im Stich gelassen. Die AL ist schliesslich auch ein Zünglein an der Waage und hat den Bürgerlichen zum Sieg verholfen, wenn sie einen aus unserer Sicht besseren Vorschlag hatten. Das ist natürlich auch unsere Funktion. Wir sind nicht einfach Mehrheitsbeschaffer der Linken, sondern wollen auch einen Preis für unsere Mehrheit. Wenn es Nonsensgeschichten oder illiberale Vorstösse sind – lehnen wir das ab.»

Was wurmt...

Wenig überraschend also, wurmt Markus Bischoff auch einiges, was nicht durchgekommen, umgesetzt oder verhindert wurde: «Gewissen Dingen, wie dem Kampf gegen Sonntagsarbeit, muss man immer hinterherrennen, da kämpfe ich seit 20 Jahren. Oder dass der Kanton das Taxigesetz nicht in Kraft gesetzt hat, das ein wenig zur besseren Kontrolle von Uber dienen würde, ist noch nicht passiert. Die Volksabstimmung gewonnen, aber es passiert nichts. Und wenn die Volkswirtschaftsdirektion nicht handelt, dann geht es lange, bis diese Dinge umgesetzt werden.» Vielleicht hätte es also «meh Biss» auch im Regierungsrat gebraucht. Und den Versuch, diese Perspektive einzubringen, hat Markus Bischoff 2015 auch mit einer Kandidatur



Nach 16 Jahren ist Schluss: Fraktionspräsident Markus Bischoff (AL) hört auf und freut sich auf mehr Zeit und neue Ideen. (Bild: zVg)

für den Regierungsrat gemacht – die aber auch für ihn erwartungsgemäss scheiterte. Wieso aber die Kandidatur? «Es war schon klar, dass wir es als AL nie in den Regierungsrat schaffen, dafür sind wir zu wenig breit aufgestellt. Wichtig war vor allem, dass wir danach eine Fraktion stellen konnten und uns so in der Politik festbeissen konnten. Der Nationalrat war eine andere Geschichte und ist auch eine andere Liga. 2015 hat mich das durchaus gereizt und die Kandidatur für den Regierungsrat war auch auf die Nationalratskandidatur zielgerichtet. Das Amt hat mich durchaus angesprochen, aber es wäre auch schwierig gewesen, als nicht-nationale Partei im Nationalrat vertreten zu sein. Mittlerweile ist das aber Schnee von vorgestern – Parlament habe ich gesehen.»

Die Kandidaturen geschahen vielleicht nicht ganz zufällig wenige Jahre nach der Geschichte, die Markus Bischoff die grösste politische Popularität einbrachte: Die Leitung der parlamentarischen Untersuchungskommission zur BVK-Affäre. Ein massiver Korruptionsskandal bei der Pensionskasse der kantonalen Angestellten, wo die Regierung ungenügend hingeschaut hatte, so das Fazit. Es war erst die zweite PUK im Kanton Zürich. Überraschend also, dass die Wahl der Leitung auf einen Politiker einer Kleinpartei fiel? Nicht ganz, denn nicht nur galt die AL in dieser Geschichte als unbefangen, Markus Bischoff hatte auch einige Unterstützer bei den Bürgerlichen, die ihn noch aus Gemeinderatszeiten kannten. Und heute eine

Geschichte, aus der er einiges mitgenommen hat: «Es war eine Wahnsinnsarbeit für mich, wir haben monatelang am Bericht geschrieben. Es war definitiv eine Genugtuung, dass der auch gut rausgekommen ist. Politisch muss man sagen, es gibt in dieser Verwaltung immer Dinge, die nicht nach dem normalen Prozedere laufen.» Da hätte der Rat durchaus nicht genügend gut hingeschaut – trotz zwar regelmässiger Kritik seitens eines SVP-Vertreters, die aber meist «eher wirr und diffus» war. «Dementsprechend war das schon ein Lehrzeichen. Es gibt immer wieder Dinge, die unter dem Radar bleiben. Und vordergründig meint man, es läuft gut. Aber kantonale Verwaltung ist nunmal ein Gemischtwarenladen.» Das hängt auch mit dem personellen Turnus zusammen: «Auch beispielsweise ist der Wissenstransfer im Parlament immer schwierig. In gewissen Legislaturen hat man in der Finanzkommission massiv über die BVK gestritten und kaum ist jemand draussen, nimmt man das nicht mehr wahr. Das versuchen wir heute, besser zu machen. Und der andere Aspekt ist natürlich: Wo es um viel Geld geht, ist die Korruptionsanfälligkeit grösser. Und der Mensch ist anfällig auf Geld.»

...und was freut

Was heisst es also für die AL, dass Markus Bischoff in Zukunft den Diskussionen, Debatten, dem parlamentarischen Streit und dem Stress fernbleibt? Heisst es überhaupt etwas? Markus Bischoff winkt

ab: «In erster Linie zeigt es, dass es uns gelingt, die AL zu erneuern. Dass es weitergeht, dass neue, jüngere Menschen nachrücken. Das ist etwas, was ich extrem wichtig finde. Dass ich als Pensionierter noch lange im Rat sitze, fände ich eigentlich nicht gut.» Einen Nicht-Wiederantritt nach dem andern wirkt die AL also mittlerweile dem etwas unangebrachten Stereotyp als Partei der alten weissen Männer entgegen. Diesen scheint sie gut zu überholen. Und Markus Bischoff reiht sich in diesen Erneuerungsgedanken erwartungsgemäss ein: «Ich will auch nicht in Zukunft im Hintergrund die AL irgendwie beeinflussen. Es ist die Zeit, dass andere dies übernehmen. So kommen ja auch neue Ideen. Ich habe zwar sicher eine wichtige Funktion in der Fraktion gehabt – aber wenn man viel Platz einnimmt, verdrängt man vielleicht auch und dann ist es gut, wenn Platz frei wird. Und wo Platz frei wird, erscheinen vielleicht auch ungeahnte Talente, das ist ja eine alte Weisheit. Zu meinen, unersetzbar zu sein, ist furchtbar.»

NEUE FRAKTIONSPRÄSIDENTIN

Die Nachfolge von Markus Bischoff als Fraktionspräsident wird Anne-Claude Hensch Frei übernehmen. Sie ist seit dem 17. August 2020 im Kantonrat und kandidierte für die AL für den Regierungsrat bei den vergangenen Wahlen.

«Das Velo als Transportmittel ist eine Klimaschutz-Maschine»

An einer Veranstaltung im Kulturpark Zürich West stand am 14. April ein umkämpftes Thema zur Debatte: «Die Stadt neu denken: Wie schaffen wir in Zürich die Verkehrswende?» Ja, wie schaffen wir das? P.S. hat bei den Veranstalter:innen nachgefragt.

Nicole Soland



Zürich, Ecke Zollstrasse/Langstrasse: Die Zahl der Velofahrer:innen in der Stadt nimmt (nicht nur hier!) stetig zu. (Foto: Pro Velo)

Die meisten Zürcher:innen «ziehen eine klimafreundliche Mobilität dem motorisierten Verkehr vor»: Mit dieser Aussage startete der Hinweis auf eine Veranstaltung vom 14. April im Kulturpark Zürich West. Mit der Annahme des Verkehrsrichtplans und der Veloinitiative, der Aufhebung des historischen Parkplatzkompromisses und mit dem Netto-Null-Ziel 2040 bestehe «eine gute Ausgangslage für eine Verkehrsplanung, die den Menschen, den Klimaschutz und die Umwelt in den Mittelpunkt stellt», schrieben die Veranstalter:innen Klimastadt Zürich, VCS, Umverkehr, Pro Velo und Fussgängerverein. Sie stellten aber auch Fragen in den Raum, namentlich, wie sich ein System

erreichen liesse, mit dem sich «das Bedürfnis des Menschen nach sauberer Luft und Ruhe befriedigt, hitzemindernden Bäumen und klimafreundlichen Fortbewegungsmitteln Platz schafft und mehr Freiräume ermöglicht».

Und die Antworten?

Auf der Suche nach Antworten hat P.S. den Referent:innen der Veranstaltung schriftlich Fragen gestellt. Einige haben jede Frage beantwortet, andere einen Überblick über ihr jeweiliges Referat abgeliefert – der folgende Text ist demnach als Collage zu verstehen, mit bestem Dank an alle!

Die erste Frage lautete, was genau die jeweilige Organisation unter der «Verkehrswende» versteht und woraus sie aus deren Sicht konkret besteht. Silas Hobi, Geschäftsleiter umverkehr, hält dazu fest: «Unter dem Begriff «Verkehrswende» verstehen wir einen Paradigmenwechsel in Verkehrsplanung und -politik. Dabei sollen neu der Fuss- und Veloverkehr sowie der öV im Zentrum stehen und nicht mehr das Auto. Das tönt jetzt vielleicht banal oder so, als wäre das schon lange Alltag, das stimmt aber nicht.» In der Vergangenheit seien unsere Städte voll auf das Auto ausgerichtet worden: «Auch wenn seit ein paar Jahren langsam ein Umdenken stattfindet, ist

die Verkehrswende noch keine Realität.» Yvonne Ehrensberger, Geschäftsleiterin Pro Velo Kanton Zürich, bringt einen weiteren Aspekt ins Spiel:

«In unserer Städte-Vision ist das Velofahren eine soziale Tätigkeit.»

Yvonne Ehrensberger, Pro Velo

«In unserer Städte-Vision ist das Velofahren eine soziale Tätigkeit. Auf der einfachen, sicheren und direkten Veloinfrastruktur lässt es sich gemütlich nebeneinander fahren, schwatzen und den Wind in den Haaren spüren. Jeder Mensch ist frei in der Entscheidung, für die eigenen Wege in der Stadt das Velo zu nutzen. Man muss nicht speziell sportlich, mutig oder erfahren sein – Velofahren ist eine Selbstverständlichkeit für alle.»

Zivilgesellschaften und Parteien vorne dabei

Für Markus Knauss, Co-Geschäftsführer VCS Zürich, ist klar, dass Organisationen der Zivilgesellschaft und Parteien «Treiberinnen der Verkehrswende» sind: «Wir haben in den letzten Jahren sehr intensiv an den Grundlagen für eine Verkehrswende gearbeitet. Umsetzen muss es dann aber eine Verwaltung, die auf diese Aufträge in den seltensten Fällen gewartet hat.» SP und Grüne hätten im Gemeinderat immer neue Ideen eingebracht, schreibt er weiter.

Markus Knauss (Grüne) selber zum Beispiel hat zusammen mit Marco Denoth (SP) und Sven Sobernheim (GLP) das Velovorzugsroutennetz mit seinen 130 Kilometern Länge im kommunalen Richtplan eingebracht. Auch Themen des VCS wie Tempo 30 und das Schleifen des historischen Kompromisses brachte Knauss in den Richtplan, und der Eintrag von 16 neuen Grünflächen mit rund 77 000 m² im Strassenraum ist gänzlich auf seinem Mist gewachsen. Bei der Veloförderung hingegen sei die Stadtverwaltung bereit gewesen, hält er fest: «Hier ist die Umsetzungsgeschwindigkeit zur Zeit am raschesten, und auch die immer wiederkehrenden Einsprachen werden aufgrund der klaren Rechtslage wohl nur eine Verzögerung von einem bis zwei Jahren bedeuten.»

Beat Locher von Klimastadt Zürich erinnert daran, dass Autos schon CO₂-Schleudern seien, «bevor sie herumfahren»: «Bei der Fahrzeugproduktion fallen für einen Mittelklassewagen bis acht Tonnen CO₂ an. Für einen Luxus-SUV sind es bis 25 Tonnen und selbst für einen 100 Prozent elektrisch betriebenen Kleinwagen bis elf Tonnen.» Und damit nicht genug: «Die Autos sorgen für Staus, Lärm, Unfälle und Umweltverschmutzung in der Innenstadt. Vor allem die Feinstaubbelastung der Verbrennungsmotoren wirkt sich negativ auf die Gesundheit der Stadtbewohner:innen sowie der Pflanzen- und Tierwelt aus. Das Auto ist der grösste Platzfresser in der Innenstadt und sorgt für mehr Tropennächte – und auch E-Autos

verstopfen die Strassen und sind eine Gefahr für Fussgängerinnen und Radfahrer.»

Was braucht's für die Wende?

Damit zur zweiten Frage: Welche Massnahmen sind nötig, um diese Wende zu schaffen? «Es braucht die 15-Minuten-Stadt», schreibt Silas Hobi: «Es geht darum, dass sämtliche alltäglichen Bedürfnisse innerhalb von 15 Minuten zu Fuss oder mit dem Velo befriedigt werden können. Dafür braucht es unter anderem eine Verbesserung der Infrastruktur für Velos, attraktivere öffentliche Räume für die Quartierbevölkerung und die Wiederansiedlung von lokalem Gewerbe.»

Hier kann Yvonne Ehrensberger nahtlos anknüpfen: «Diese Zukunft ist nicht nur eine Utopie, sondern eine zwingende Realität, auf die wir mit Hochdruck hinsteuern müssen. Denn das Velo als Transportmittel ist eine wahre Klimaschutz-Maschine: Es ist ökologisch, leise, platzsparend, günstig, gesundheitsfördernd und sehr flexibel einsetzbar. Wir müssen eine nachhaltige Stadt gestalten, in der bereits Kinder unbeschwert das Velo nutzen können – das sind wir ihnen schuldig.»

Beat Locher erinnert daran, aufgrund der Berichterstattungen über die Klimaerwärmung habe die Reduktion von CO₂-Ausstoss in der heutigen Gesellschaft einen sehr hohen Stellenwert erlangt. Die Vorherrschaft des Autos müsse deshalb infrage gestellt werden. Zudem seien die Vorteile, die weniger Autos in der Innenstadt brächten, unbestreitbar: «Bessere Luftqualität, weniger Lärm, mehr Platz für Menschen, die zu Fuss oder mit dem Fahrrad unterwegs sind, mehr Sicherheit und mehr Klimaschutz sowie Aufwertung des historischen Stadtteils auch bezüglich Touristenattraktion», zählt er auf.

Der öV sei nach wie vor das Rückgrat eines ökologischen Verkehrs in der Stadt, gibt Markus Knauss zu bedenken: 2015 sei das Velo auf einen Anteil am Gesamtverkehr von acht Prozent gekommen, Tendenz: stark wachsend, «aber der öV liegt konstant bei über 40 Prozent». Er verweist auf Erfolgsgeschichten beim öV, bei denen der VCS die Finger im Spiel hatte wie etwa der Durchmesserlinie oder dem Ausbau des Bahnhofs Stadelhofen. Es gebe aber auch «Strassenprojekte, die

«Das Auto ist der grösste Platzfresser in der Innenstadt und sorgt für mehr Tropennächte – und auch E-Autos verstopfen die Strassen und sind eine Gefahr für Fussgängerinnen und Radfahrer.»

Beat Locher, Klimastadt Zürich

mit einem öV-Mänteli versehen werden, die man nur als Stadtzerstörung bezeichnen kann», hält er

fest. «Der Rosengartentunnel ist so ein Fall, wo die Quartierbevölkerung zusammen mit Parteien und dem VCS die Vorlage bachab geschickt hat.» Auch das geplante Tram Affoltern, «eine Co-Produktion von Regierungsrätin Carmen Walker Späh und Stadtrat Filippo Leutenegger», könnte «ein reines Strassenprojekt werden».

Wo harzt es (noch)?

Damit sind wir bei der dritten Frage angelangt: Worin bestehen die grössten Hindernisse auf dem Weg zur Verkehrswende, und wie lassen sich diese Hindernisse überwinden? Yvonne Ehrensberger schreibt, bei der Umsetzung der Velostadt habe es in den letzten Jahren gleich an mehreren Stellen geharzt: «Es harzt am Status quo auf der Strasse und in den Köpfen. Und es harzt daran, dass wir eine Veloinfrastruktur im städtischen Kontext nicht einfach «dazu addieren» können. Es braucht eine deutliche Umverteilung, eine Priorisierung

«Der Widerstand gegen den Abbau öffentlicher Parkplätze ist aktuell gross – obwohl nicht nachvollziehbar ist, warum eine Minderheit der Stadtbevölkerung einen exklusiven Anspruch auf den öffentlichen Raum hat.»

Silas Hobi, Umverkehr

zugunsten der aktiven und nachhaltigen Mobilität und eine deutliche Einschränkung der Privilegien, die dem Autoverkehr über Jahrzehnte eingeräumt wurden.»

In «Konzepten, Plänen und Lippenbekenntnissen» hätten die Verantwortlichen der Stadt Zürich das bereits erkannt: «Jetzt müssen sie die eigenen Pläne kompromissloser beim Wort nehmen und den Handlungsdruck aufgrund der Klimakrise als Fahrtwind nutzen. Sie müssen das versprochene durchgehende, sichere und attraktive Velonetz endlich *umsetzen*», hält sie fest.

Silas Hobi ergänzt, aktuell sei der Widerstand gegen den Abbau öffentlicher Parkplätze gross – «obwohl nicht nachvollziehbar ist, warum eine Minderheit der Stadtbevölkerung einen exklusiven Anspruch auf den öffentlichen Raum hat». Ähnlich gross sei der Widerstand gegen die Einführung von Tempo 30 oder Begegnungszonen (Tempo 20): «Dabei können mit dieser einfachen Massnahme über 100 000 Menschen von übermässigem Strassenlärm geschützt werden, was deren Lebensqualität deutlich erhöht und die Allgemeinheit von Gesundheitskosten entlastet. Dagegen helfen nur gute Argumente, positive Beispiele und Hartnäckigkeit», ist er überzeugt. Mar-



So sieht es in Zürich heute aus (oberes Bild), und beispielsweise so könnte es nach der Verkehrswende aussehen (unteres Bild). (Foto und Visualisierung: Umverkehr)

kus Knauss ortet bei Tempo 30 ein «Systemversagen der institutionalisierten Politik». Dem VCS reiche es nicht, «dass irgendwelche Umweltziele in Richtplänen oder in der Gemeindeordnung entsorgt werden, also reine Absichtserklärungen sind. Dem VCS geht es darum, dass diese Ziele in ver-

«Es gibt zwar einen ambitionierten Geschwindigkeitsplan, aber schon das nächste Umsetzungskonzept sieht lediglich bei 30 von 270 Strassenabschnitten Tempo 30 in den nächsten vier Jahren vor.»

Markus Knauss, VCS

nünftiger Frist auch auf der Strasse stattfinden», stellt er klar: «Seit 1985 gibt es den Auftrag des Bundesrates, die Bevölkerung vor übermässigem Strassenverkehrslärm zu schützen. Der Stadtrat von Zürich ist sehr, sehr, sehr besorgt über die rund 140 000 Lärmbetroffenen. Was aber hat der Stadtrat zwischen 2011 und 2021 für Tempo 30 getan? Gar nichts!»

Rund 20 Einsprachen des VCS in dieser Zeit habe der Stadtrat abgewiesen: «Wir haben dann zusammen mit den Gerichten dafür gesorgt, dass

jegliche Strassenbautätigkeit in der Stadt entlang von lärmigen Hauptachsen zum Erliegen gekommen wäre. Und mit dem kommunalen Richtplan sorgten wir dafür, dass Tempo 30 behördenverbindlich ist.» Es gebe zwar einen ambitionierten Geschwindigkeitsplan, fügt er an, «aber schon das nächste Umsetzungskonzept sieht lediglich bei 30 von 270 Strassenabschnitten Tempo 30 in den nächsten vier Jahren vor».

Und es dauert...

Die vierte Frage lautet folgerichtig, wie denn der zeitliche Fahrplan aussieht, beziehungsweise: wie kurz- oder langfristig lässt sich die Verkehrswende schaffen? Die Klimawissenschaft spreche klare Worte, bis 2030 müssten wir die Emissionen so weit wie möglich senken, sagt Silas Hobi: «Im Verkehrsbereich ist das einfach möglich. Tram, Velo, S-Bahn sind vorhandene und lang bewährte klimafreundliche Konzepte. Mit dem E-Bike beziehungsweise dem E-Cargo-Bike gibt es ausserdem neu einen echten Game-Changer. Gemäss dem Richtplan Verkehr, den die Zürcher Bevölkerung mit 57 Prozent Ja-Stimmen angenommen hat, muss im Verkehrsbereich bis 2030 Netto-Null erreicht werden.» Wir hätten also noch gut sieben Jahre Zeit, um den Restanteil des Autoverkehrs von heute rund 25 Prozent auf zirka fünf bis zehn Prozent am Gesamtverkehr zu reduzieren, fügt er an.

Yvonne Ehrensberger erinnert ebenfalls daran, dass die Stadt den entsprechenden Auftrag schon längst erhalten habe: «Auch wenn der vermeintliche Widerstand (Aufschrei bei Parkplatz-Abbau! Angst vor dem Kanton! Einsprachen!) laut ist,

müssen wir uns in Erinnerung rufen, dass diese Stimmen nicht die Mehrheit sind.» 73,6 Prozent der Schweizer Stimmbevölkerung hätten den Bundesbeschluss Velo angenommen: «Das Veloweggesetz verpflichtet den Kanton und die Städte zur Umsetzung ihrer Velonetze bis 2042 – und die Stadt will ihre eigenen Ziele sogar bis 2030 realisieren. Sieben Jahre sind wenig, einiges ist angestossen, wir müssen aber zwingend einen Gang höher schalten, um hier nicht vom Besenwagen aufgelesen zu werden.»

Und es braucht politische Mehrheiten, die gar nicht so einfach zu schaffen seien, fügt Markus Knauss an: «Wir dürfen nicht vergessen, dass Zürich politisch mitten in einem Kanton liegt, dem die Verkehrswende komplett schnurz ist. Deshalb ist der VCS immer wieder gezwungen, Kampagnen zu führen, die diese Verkehrswende bringen.» Die bereits erwähnte gegen den Rosengartentunnel habe der VCS «weitgehend getragen und gestaltet». Und Tempo 30 wolle die SVP mit ihren «potenten Sponsoren von der Goldküste» in der Stadt Zürich sabotieren, «bevor es überhaupt begonnen hat», warnt er: «Auch im Kanton haben SVP und FDP die Initiativen gegen Tempo 30 schon eingereicht.»

Von neuer Initiative träumen

Doch so trist soll weder die Verkehrswende noch dieser Artikel enden, deshalb zur fünften Frage: Wie sähe die Verkehrswende in einer idealen Welt aus, und was muss zwingend bis in fünf Jahren realisiert sein? Hier sieht Silas Hobi klar: «Die meisten Quartierstrassen sehen aus wie die Binzallee – es hat Bäume und Platz zum Spielen für die Kinder. Tempo 30 ist Standard, aber die meisten Quartierstrassen sind Begegnungszonen mit Tempo 20. Es gibt ein sicheres und zusammenhängendes Velowegnetz, der öV steckt nie im Stau, und die Tramlinien ermöglichen auch Tangentialverbindungen. Bis in fünf Jahren soll die Stadt Zürich zehn autoarme Quartierblocks umsetzen, und die Hälfte der autofreien Velovorzugsrouten sind Realität.

Und Beat Locher hat gar einen Traum: «Wir lancieren eine Volksinitiative für eine autofreie Innenstadt!» Zur Begründung fügt er an, es gebe keinen verbindlichen Absenkepfad für CO₂ beim Verkehr auf lokaler Ebene: «Mit der Lancierung einer Volksinitiative können wir eine öffentliche Diskussion zum Thema Verkehr und Klima lancieren und die Politik und Verwaltung zum Handeln zwingen. In Zürich haben wir mit der Annahme des Richtplanes und der Aufhebung des historischen Parkplatzkompromisses gute Voraussetzungen, eine autofreie Innenstadt zu verwirklichen: Die Innenstadt ist mit dem öffentlichen Verkehr gut erschlossen, Parkhäuser gibt es genug (Urania, Opernhaus, etc.), und die meisten Strassen in der Innenstadt sind kommunale Strassen unter der Hoheit der Stadt Zürich.» Zudem sei der Trend zu autofreien Städten in Europa auf dem Vormarsch, fügt er an, und vor allem: «Das Klima zwingt uns zum Handeln.» Da kann ja nichts mehr schiefgehen...

Soziale Kälte

Wer im Bann des Lichtstrahls eines Kinos alle Sorgen vergisst, will kein Sozialdrama.

Der Handlungsort Kino ist in «Empire of light» von Sam Mendes höchstens rudimentär von Belang. Als sich Hilary (Olivia Colman) nach zahllosen Arbeitsjahren an der Kassen- und Snackfront spätabends vom Operateur Norman (Toby Jones) erstmals überhaupt einen Film zeigen lässt, hält ihre ganze Welt für einen Moment lang inne. Diesen Moment versucht Sam Mendes auch für sein Publikum herzustellen. Es geht also um Verzauberung, um Unterhaltung und auch um Flucht. Fluchtgründe sind zahllos vorhanden. Alle tendieren sie in Richtung einer sozialen Wärme eines Zuhauses, was das Kino als Arbeitsstelle nur vordergründig zu sein vorgibt. Die Punkerin Janine (Hannah Onslow), der Schwarze Stephen (Michael Ward), der überkorrekte Neil (Tom Brooke) und die beiden bereits Erwähnten ersehnen sich ein anderes Leben, das massgeblich von der Sehnsucht einer diverseren, sozialeren und durchlässigeren Gesellschaft erzählt. Auf seine Weise träumt sogar der Inhaber Mr. Ellis (Colin Firth) von einer Art Ideal, allerdings einer eher ichbezogeneren als die anderen. Die soziale Kälte, die sich in den Folgejahren der Thatcher-Regentschaft mit grosser



Brutalität durchsetzen wird, ist hier in vielen kleinen Ansätzen bereits angekündigt: Rasse, Klasse, Bildung, Gesundheit werden Ausschlusskriterien, an ein selbstbestimmtes Leben nur schon denken zu können.

Noch haben die Angestellten von Mr. Ellis die Kraft, eine Hoffnung über die Resigniertheit stellen zu können. Die Grosswetterlage arbeitet ihnen mit aller Kraft entgegen. Dennoch entwickeln sich hier eine aussergewöhnliche Liebesgeschichte, dort eine Verständnisbrücke zwischen anscheinend unvereinbaren Standpunkten und irgendwo am Firmament zeichnen sich sogar Ansätze für so etwas wie Gerechtigkeit ab. Doch diese Glücksmomente bleiben allein der Projektionsfläche auf der Leinwand vorbehalten, geht das Saallicht an, wirds umgehend wieder frostig. *froh.*

«Empire of light» spielt in den Kinos Alba, Corso, Houdini.

Im Schweinsgalopp

Peter Reichenbachs Geschichte des Zürcher Kunsthauses gerät zum Imagefilm.

Nur schon Iris Bruderer-Oswalds Biographie über den ersten Kunsthausdirektor Wilhelm Wartmann benötigt vierhundert Buchseiten, um die zahllosen damit einhergehenden Aspekte einigermaßen abdecken zu können. Die ganze Geschichte des Kunsthauses in sechzig Minuten Film packen zu wollen, ist vielleicht SRF-Sternstunde-tauglich, aber ergibt inhaltlich eine zutiefst unzulängliche Verkürzung. In «Durchs Höllentor ins Paradies» nehmen sich Peter Reichenbach und Sibylle Cazajus eine unlösbare Aufgabe vor. Ist es die Geschichte der Bauten, ihrer Finanzierungen und die immer wieder aufflackernden damit einhergehenden öffentlichen Diskussionen, auch über die Finanzierung, wäre das ein Film. Ist es die Geschichte der Sammel- und Ausstellungstätigkeit der Kunstgesellschaft inklusive der vielen ihr überantworteten Dauerleihgaben und die damit einhergehenden Debatten, wäre das ein Film. Ist es die durchaus umstrittene Stellung des Kunsthauses hinsichtlich der Behandlung von örtlichem Kunstschaffen und der Abbildung ebendieser Historie, wäre das ein Film. Ist es das Wettstreiten des Zürcher Grossbürgertums mit seinen Kunstschät-



zen um Erlangung einer Eintrittskarte ins Spiel der obersten Kunstliga in der Welt, wäre das ein Film. Ist es der Wandel des Eigenverständnisses und der potenziellen in eine Zukunft führende Rolle als Kunstbewahrerin und -vermittlerin, also als regelrecht sozialer Schmelztiegel, wäre das ein Film. Und so weiter...

«Durchs Höllentor ins Paradies» will all das und mehr zugleich sein. Die Warte ist eine zutiefst bürgerliche, als Standpunkt gilt der Blickwinkel der Kunstgesellschaft. Zahllose Interviewsequenzen ergeben in ihrer nicht hinterfragten Isolation ein maximal einseitiges Bild ab. Der Lichtblick ist Felicitas Heimann-Jelinek, die real schmerzliche Infragestellungen anstrengt und wenigstens Kapital und Verantwortung in einen überaus bedenkenswerten Kontext überführt. *froh.*

«Durchs Höllentor ins Paradies» spielt im Kino Le Paris.

Zahllose Meriten

Olivier Dahans Biopic von Simone Veil (1927 – 2017) hat eine rührselige Tendenz.

Es darf keinesfalls überschätzt werden, welch herausragende Persönlichkeit Simone Veil war. Die Erinnerung daran auch bei Nachgeborenen wach und lebendig zu erhalten, ist insofern ein löbliches Bestreben. Doch während Olivier Dahan sein früheres Biopic über Edith Piaf in seinen kunstvollen Volten in Zeiten und Themen letztlich entgegen einer Euphorie arbeitete, dramatisiert er jenes über Simone Veil ab der Hälfte der Spieldauer in Richtung eines nicht mehr enden wollenden Tränenmeers. Ob aus Erschütterung über das mörderische Naziregime, dem sie als Kind gerade eben noch entrinnen konnte, oder aus Bewunderung über ihre anhaltend kämpferische Chuzpe, mit der sie als französische Gesundheitsministerin die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs erwirkte oder bereits zuvor eine menschenun-



würdige Unterbringung für Gefangene gegen alle Widerstände durchsetzte. Olivier Dahan legt es in seinem Film darauf an, dass sich das Publikum selbst klein, unbedeutend und vor allem politisch viel zu wenig engagiert vorkommt. Insofern gebärdet er sich als Aktivist, der die humanistische Grundwertehaltung von Simone Veil als weiterhin allgemeingültig und vor allem massgeblich propagiert und keine Ausflüchte gelten lässt, sich nicht aktiv für eine Verbesserung für alle lebenden Menschen einsetzen zu müssen.

«Simone – le voyage du siècle», wie der Film im Original viel trefflicher als in der deutschen Übersetzung heisst, erzählt szenisch recht sprunghaft und über die gesamte Spieldauer verteilt von sämtlichen Epochen ihres bewegten Lebens. Ihr Kampfgeist und ihre Ausdauer lassen sie zeitweise auch als überaus anstrengende Person in den höchsten Machtzirkel zuerst Frankreichs und dann Europas erscheinen, aber deutlich nachhallender wirken die von ihr erwirkten, zahllosen Meriten im Dienste der Menschlichkeit. Dahans Erzählweise verhindert nicht, dass einen dieser Film elektrisiert und ermutigt. *froh.*

«Simone – le voyage du siècle» spielt im Kino Piccadilly.

«Global Zero» – und jetzt rüsten alle wieder auf

Samstag, 22. April

10.00 DLF: «**Klassik, Pop et cetera.**» Heute mit Bonaventure Soh Bejeng Ndikung. Kunst und Naturwissenschaft seien für ihn zwei Seiten einer Medaille, steht in der Vorschau: «Er verbindet beide Sphären als promovierter Biotechnologe und weltweit gefragter Kurator.» Geboren wurde er 1977 in Kamerun als Sohn eines Anthropologen, und bereits während seines Studiums in Berlin knüpfte er Kontakte zur Kunstszene. Jetzt leitet er dort das Haus der Kulturen der Welt – als «der erste in diesem Amt, der nicht in Europa geboren wurde».

11.00 DLF: «**Der Duft der Bergamotte.**» Tom Schimmeck und Thomas Schmid in der Reportage-Reihe Gesichter Europas. Gleichzeitig bei SRF 2 die «Musik für einen Gast» mit Christian Link, Sammler und Zauberer.

17.00 SWR: «**Zeitgenossinnen.**» Helga Breuninger, Psychologin und Stifterin. «Was du gibst, kommt zu dir zurück», erklärt die jetzt 75-Jährige. Zwei der Fragen an sie: Was hat ihre Kindheit mit ihrer Förderung von Bildung und Erziehung zu tun, und welche Rolle spielen Stiftungen für die Demokratie?

19.00 SWR: «**Alpha.**» Krimi von Lars Werner. In einer Polizei-Chat-Gruppe wird rechte Propaganda verbreitet. Markus beginnt sich für die Incel-Bewegung und ihr rassistisches und frauenverachtendes Weltbild zu interessieren, will ein «echter Alpha-Mann» sein.

20.00 DLF: «**Das Parkett ein spiegelnder See.**» Hörspiel von Ursula Krechel. 1979 produziert als Erinnerung an den Sommer 1899, als es in Berlin grosse öffentliche Volksversammlungen gab. Auf der Tribüne standen Dienstmädchen, Köchinnen, Stubenmädchen, Kinderfräulein aus herrschaftlichen Häusern. Sie beklagten ihre Ausbeutung und berichteten über die selbstverständlichen Zumutungen, denen sie ausgesetzt waren. «Wie verschwindet» – fragte sich die Autorin – «ein solcher nicht zufällig weisser Fleck in der Geschichte des Hörensagens? Wie erfährt der Hörer, dem ich das Kostümstück verweigere, die zeitli-



che Distanz?» Sie hat Dokumente aus dem Leben der Dienstmädchen gesammelt und ihnen versuchsweise fiktive Lebensläufe anprobiert. Parallel bei SRF 2: «Der süsse Wahn.» Hörspiel nach dem Roman von Patricia Highsmith.

21.00 SRF 2: «**Musik unserer Zeit.**» Präsentiert wird eine Archiverperle, die den kalifornischen Experimentalkünstler Lou Harrison würdigt.

22.00 DLF: «**Atelier neuer Musik.**» Egbert Hiller stellt multimediale Arbeiten von Sergej Maingardt vor. Dieser wolle

«die Klangwelt der Gegenwart mitgestalten. Er setzt sich mit Wahrnehmungsprozessen auseinander, mit Digitalisierung und Globalisierung». Parallel bei SWR 2 Kultur: «Eine Welt im Klavier.» Hans-Jürgen Schaal porträtiert die Pianistin Aki Takase. Nach 23 Uhr folgt hier bis 2 Uhr früh: «Torquato Tasso.» Hörspiel nach dem Schauspiel von Johann Wolfgang von Goethe. Produziert 1965!

23.00 DLF: «**Meaoiswamia.**» Eine Lange Nacht für die österreichische Literatur. Gäste: Franzobel, Maja Haderlap, Michael Stavaric, Mascha Dabic, Doron Rabinovici. «Offen und divers, progressiv und zukunftsmutig, humorbegabt und zu Selbstkritik fähig», so wolle sie die Literatur des Gastlandes Österreich auf der Leipziger Buchmesse präsentieren. Dies unter den Titel «meaoiswamia» – «mehr als wir.» Eine gute Gelegenheit, die Gegenwart einer Literaturszene zu erforschen und zwi- schendurch auch Blicke in deren jüngere Vergangenheit zu werfen.

Sonntag, 23. April

8.30 SRF 2: «**Leidenschaft für Gott und die Menschen.**» Dorothee Adrian gestaltet eine Perspektiven-Sendung über Dorothee Sölle. «Die evangelische Theologin begeisterte und provozierte: Sie war pointiert, politisch, fromm.» Zu ihrem 20. Todestag hat sich die Autorin an einer Veranstaltung der Zeitschrift «Neue Wege», der Evangelischen Frauen Schweiz und der Paulusakademie Zürich umgehört sowie die Luzerner Theologin Li Hangartner gefragt, worin sie die Kraft von Sölles Theo-Poesie sieht. Parallel in der Aula bei SWR 2: «Medizin muss wieder Vertrauensarbeit werden.» Science Talk mit Giovanni Maio, Medizinerin an der Universität Freiburg.

9.30 DLF: «**Klartext reden.**» Die Gesellschaft im Sog der Infantilisierung. Essay von Markus Metz und Georg Seesslen. Da ist einmal die Komplexitätsreduzierung – ein Widerwillen gegen alles Komplizierte, Widersprüchliche und Relativierende. Dazu kommen noch die Verwandlung aller Kommunikationsformen hin zu Spiel und Spass sowie der Sieg eines kindlichen Narzissmus und Egoismus über erwachsene Verantwortlichkeit und Reflexion. Oder sind dies nur Vorwürfe von Leuten, die sich elitär als etwas Besseres wähen?

12.40 SRF 2: «**Musik für einen Gast.**» Mona Petri, Schauspielerin und Alpenpflgerin.

13.30 DLF: «**Zwischentöne.**» Musik und Fragen zur Person. Philippe Havlik, Geologe.

14.00 SWR: «**Mein Pakt mit den Pillen.**» Die Sache mit den Antidepressiva. Feature von Inge Braun.

15.00 SRF 2: «**Wie die Shoah ins Gedächtnis rufen, wenn niemand mehr spricht?**» Reprise einer Passage-Sendung von Noëmi Gradwohl aus dem Jahre 2018. Viele der Holocaust-Überlebenden widmeten viel Zeit ihres Lebens dem Erinnern. Jetzt sind die letzten von ihnen hochbetagt. Was braucht es nach ihrem Tod, um nicht zu vergessen? Parallel bei SWR 2 Kultur: «Zur Person.» Hannah Schmidt stellt die iranische Komponistin Aftab Darvishi vor.

18.20 SWR: «**Bookpink.**» Ein dramatisches Kompodium von Caren Jess. Dreckschiff ist als Ei von der Mutter im dunklen Wald entsorgt worden, aber trotzdem geschlüpft. Keiner sieht seine Schönheit... In «komisch-poetischen Miniaturen» würden hier menschliche Abgründe sowie Blüten «inmitten der LGBTQ-Pflasterritzenvegetation» vorgeführt.

20.00 DLF: «**Flow.**» Wenn alles im Fluss ist. Feature von Manuel Gogos.

23.00 SWR: «**Eure Geschichten sind nicht eure Geschichten.**» Fanfiction. Essay von Paula Scheschonka. Es fängt damit an, dass jemand sich etwa fragt, was Kommissar Thiel und Pathologe Boerne wohl in ihrer Freizeit machen. Oder ob die Beziehung zwischen Spock und Kirk nicht doch ein bisschen erotisch ist...

Montag, 24. April

8.30 SWR: «**Die Rückkehr des Werrüstens.**» Raketen, Flugabwehr, Atomwaffen. Andrea Rehmsmeier geht einer der Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine nach. War da nach dem Ende des Kalten Krieges nicht die Hoffnung, dass nukleare Abschreckung ausgedient habe? 1987 sollte ein Abrüstungsvertrag die Mittelstreckenraketen bannen. US-Präsident Barack Obama sprach gar von «Global Zero», einer nuklearwaffenfreien Welt bis 2030. Das scheint überholt. Deutschland dürfte bald wieder über die Stationierung von Mittelstreckenraketen diskutieren.

14.00 SRF 1: «**Hunkeler in der Wildnis.**» Finale der Krimi-Serie von Hansjörg Schneider.

15.00 SWR: «**Die Vertreibung in mir.**» Manuel Hollenweger und die sudetendeutsche Oma.

15.30 SWR: «**Empusion.**» Eine natur(un) heilkundliche Schauergeschichte von Olga Tokarczuk. 1913. Mycobacterium tuberculosis ist als Bösewicht entlarvt, aber das Antibiotikum noch nicht entdeckt. Im schlesischen Kurort Görbersdorf soll die Höhenluft helfen... Roman-Lesung in 28 Folgen. Fortsetzung (werk)täglich!

Dienstag, 25. April

8.30 SWR: «**Klimakiller im Garten.**» Toni Neumann zum Streit um Torfabbau.

19.15 DLF: «**Den Unternehmern treu ergeben.**» Das paternalistische Arbeitsrecht des Hans Carl Nipperdey. Feature von Peter Kessen. Nipperdey war ein führender Arbeitsrechtler in der NS-Zeit, von 1954 bis 1963 dann Präsident des Bundesarbeitsgerichts, und offenbar hat er «das restriktive deutsche Arbeitsrecht bis heute geprägt: Politische Streiks sind verboten, Beschäftigte zur Treue verpflichtet und Whistleblower nahezu ungeschützt».

20.00 DLF: «**Die überzeugenden Vorteile des Abends.**» Hörspiel von Ror Wolf. 1973 produziert! Botanikervertreiben sich die Zeit mit Erfahrungsaustausch und Erinnerungen an rätselhafte, beunruhigende, grauenvolle Entdeckungen der (damals) jüngsten Zeit.

Mittwoch, 26. April

8.30 SWR: «**Ignoriert, pathologisiert, akzeptiert.**» Fides Schopp zur lesbischen Alltagsgeschichte in Deutschland.

15.00 SWR: «**Online Out.**» Dieter Jandt über Senioren und Internet.

20.00 DLF: «**Atheistisch an Gott glauben.**» Mechthild Klein über die Theologin Dorothee Sölle. Parallel bei SRF 1: «Hotel de Ville.» Dominic Deville im Spasspartout-Porträt. Und bei SRF 2 die «Musik unserer Zeit» über Arnold Schönberg als Liedkomponist. Danach folgt neue Musik im Konzert mit dem Ensemble Proton Bern. Geboten werden drei Uraufführungen zum Thema «Resilienz.» SWR 2 eröffnet den Abend mit «Schwere Musik» von Mathias Gredig. Er werfe da als Schweizer auch «einen augenzwinkernden Blick auf das Denken zweier Alpenforscher». Anschliessend ist hier NowJazz angesagt: «Magische Sounds» der Komponistin und Klangkünstlerin Angélica Castello.

20.30 DLF: «**Lesezeit.**» Lukas Bärfuss liest aus und spricht über «Die Krume Brot». Italien der 1970er-Jahre. Zeit politischer Unruhen, eine Mailänder Kommune...

21.00 DLF: «**Humor ZwoPunktNull.**» Das Satire-Kollektiv Luksan Wunder.

Donnerstag, 27. April

15.00 SWR: «**Fast gescheitert.**» Ines Molfter über die wechselhafte Karriere eines dunkelhäutigen Fussballtrainers.

20.00 DLF: «**Systemfragen.**» Wie kommt Wissen in die Welt? Sprachbarrieren in der Forschung. Danach die erste Folge von «Der Schuss von Porz.» Ein Politiker drückt ab. Eine fünfteilige Recherche von Stefanie Delfs und Antonia Märzhäuser.

Freitag, 28. April

15.00 SWR: «**Tod einer Ikone.**» Die Journalistin Shirin Abu Akleh. Feature von Nadja Odeh. Sie wurde am 11. Mai 2022 während eines Arbeitseinsatzes im Flüchtlingslager Jenin von einer Kugel getroffen. Offenbar gezielt.

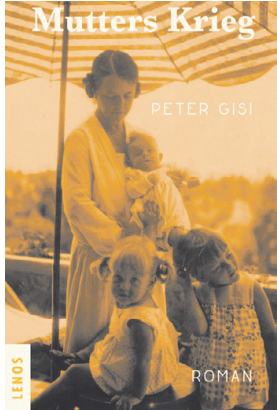
20.00 DLF: «**How to sell yourself to the West.**» Feature von Ada Mukhina. Wie kann nicht-westlichen Künstlerinnen und Künstlern der Einstieg in die hiesige Kunstwelt gelingen? Erfahrungen einer Theatermacherin. Gleichzeitig offeriert SRF 1 wieder mal «Grauen», und bei SRF 2 befasst sich Michael Luisier in der «Passage» mit österreichischer Literatur von der Wiener Moderne bis heute. Nochmals zu hören am Sonntag nach 15 Uhr.

22.00 SWR: «**Normal ist das nicht.**» Der Comedian und Musiker Martin Zingsheim im Karlsruher Tollhaus.

DLF/Deutschlandfunk – 100,6 und 105,1 MHz. SWR/Südwestrundfunk 2 – 90,4 und 97,9 MHz auf UKW sowie in digitalen Kanälen und Netzen. Die allermeisten dieser Sendungen finden sich auch im Podcast-Angebot!

Bücher der Woche

Auf Java



Welche Auswirkungen hat ein Kriegslageraufenthalt auf die betroffenen Menschen und deren Kinder? Eine Antwort gibt dieser Roman. Als Kind litt der Autor unter der Härte seiner Eltern, vor allem jener der Mutter. Als Erwachsener fährt der Sohn zur Mutter. Er will, dass sie ihm ihr Le-

ben erzählt. Als Kind lebte diese auf Java, als Tochter einer niederländischen Unternehmerfamilie. 1942, als die Japaner diese Insel eroberten, war sie zwölfjährig. Ab da änderte sich für sie das Leben total. Sie wurde in ein japanisches Internierungslager gesteckt, erlebte Hunger und Sadismus, war froh, dass sie dies überlebte. Kein Wunder, lebte dieser Krieg in ihrer eigenen Familie weiter, unter dem indirekt auch der Autor als Kind litt.

Im Roman liest man von den traumatischen Kindheitserinnerungen des Autors und jener seiner Mutter, aber auch vom Überlebenswillen gegen die Härte und Brutalität in einem Krieg. 80 Jahre später ist wieder Krieg. Ein Grund, dieses Buch zu lesen, das neben viel Traurigem auch poetische Bilder und Stimmungen aus Kindheitserinnerungen zeigt.

Hermann Koch

Peter Gisi: **Mutters Krieg**. Roman. Lenos Verlag 2022, 141 Seiten, 26 Franken.

Reporterin

Selma ist Fotoreporterin aus Basel. Im ersten Buch mit dem Titel «Alpsegen» hatte sie einen turbulenten Auftritt. In diesem zweiten Band – der Autor plant eine Romanserie – erhält sie vom Chef den Auftrag, eine Fotoreportage von wagemutigen Freeridern zu machen. Also nichts wie los nach Engelberg. Es ist der Ort, wo sich Leute aus Schweden, wagemutige Skifahrer und Snowboarder treffen. Man nennt sie «Freerider». Doch die Re-



portage ist nicht so leicht wie gedacht. Einerseits spielt das Wetter nicht immer mit. Es besteht Lawinengefahr. Und bei Aufnahmen fällt Selma in eine Gletscherspalte, muss daraus gerettet werden. Andererseits ist ein Wolf in der Gegend aufgetaucht. Von Letzterem

möchte Selma ihrem Chef Nahaufnahmen liefern können. Das gäbe eine tolle Reportage, die Selma gut verkaufen könnte. Aber gelingt ihr dies, bevor der Wolf erschossen wird? Kompliziert wird die ganze Geschichte durch das Auftauchen einer Halbschwester von Selma.

Ein unterhaltsamer Roman, mit zusätzlich vielen privaten Verwicklungen. *hk*.

Philipp Probst: **Wölfe. Die Reporterin in Engelberg**. Roman. Orte-Verlag 2020, 242 Seiten, 34 Franken.

Die IKRK-Liste

Es ist ums Jahr 2000, als Alexander in Minsk in eine neue Wohnung zieht. Er braucht Ruhe für sich und seine kleine Tochter. Doch schon beim Einzug geht ihm die alte Nachbarin auf den We-



cker. Sie will mit ihm plaudern, er möchte das aber nicht. Doch Tatjana, wie die Nachbarin heisst, lässt nicht locker. Zum Glück, denn so erfährt Alexander ihre Geschichte, die 1941 beginnt.

Damals war Tatjana Fremdsprachensekretärin im Ausserministerium der

Sowjetunion, hatte eine kleine Tochter. Ihr Mann war im Krieg. Ob er noch lebt, ist ungewiss. Da musste sie eine Liste des Roten Kreuzes übersetzen, auf der Namen russischer Gefangener in Rumänien standen. Auch jener ihres Mannes. Er lebt also! Trotzdem ein Schock. Er wird beim Gefangenen austausch in den Gulag kommen, die Angehörigen sind ebenfalls gefährdet. Was tun? Ab da ändert sich Tatjanas Leben total.

Eine spannende, ergreifende Geschichte basierend auf Originaldokumenten. Mit dem Roman zeigt der Autor, wie wichtig es ist, das historische Gedächtnis nicht zu verlieren. *hk*.

Sasha Filipenko: **Rote Kreuze**. Roman. Diogenes 2020, 281 Seiten, 30 Franken. Auch als Taschenbuch erhältlich.

Krimi der Woche



Als Don Pietro am frühen Morgen seine Kirche in Pesaro del Monte piccola cattolica betreten will, liegt auf der Treppe der junge Aniello Capizzi; nicht betrunken, wie der Pfarrer zuerst annimmt, sondern tot, mit einer Sichel in der Brust. Er ruft nach Federica Pellegrini, der Wirtin der Pension Vento del Mare, die

sich in zwei bisherigen Todesfällen bewährte, und nach Lorenzo Garibaldi, dem Kommissar von Pesaro. Dass dieser gerade im Bett von Federica liegt, ahnt er nicht, und dabei soll es nach dem Willen der beiden vorläufig auch noch bleiben. Wir be-

finden uns mit dieser Geschichte – um diese Vertuschung besser zu verstehen – im Italien der 1950er-Jahre, in dem eine junge verwitwete Frau wie Federica, die das Leben zu geniessen gedenkt, eine zweifelhafte Rolle spielt. Zumal sie Haushaltsarbeiten wenig mag, dafür umso lieber Krimis liest und reale Taten aufklärt.

Der Polizist Garibaldi gehört zu den fortschrittlichen Männern in der Region, er möchte die Beziehung mit Federica jedoch noch etwas gedeihen lassen, bevor sie öffentlich wird. Zumal er befürchtet, dass sie sein Ansehen und damit seine Arbeit behindern könnte. Dabei ist die Beziehung für ihn Fluch und Segen zugleich. Sie kennt einerseits im Gegensatz zu ihm die Leute im kleinen Dorf mit ihren Verstrickungen bestens, andererseits mischt sie sich ungeniert und ungefragt in die polizeilichen Ermittlungen ein und geht eigenen Spuren nach. Dieser «Wettbewerb» der beiden um die richtige Lösung zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte. Das zweite zentrale Element,

neben der Aufklärung des Mordes, ist die Situation des Dorfes: Es ist arm, schön am Meer gelegen, und alle möchten am aufkommenden Tourismus teilnehmen. Sie wissen, dass das Zeitfenster dazu kurz ist, dass bestraft wird, wer zu spät kommt. Jeder und jede möchte einen Zipfel der neuen Wurst, und sei es auf Kosten des andern; der Ermordete, ein junger «ragazzo pazzo» mit Initiative, verkörpert diesen Aufbruch mit seiner Tüftelei nach einem neuen Aperò wie kein anderer und verdirbt es dabei mit seiner konservativen Familie.

Der Krimi ist leicht geschrieben, mit vielen Dialogen und vielen Nebengeschichten, die ein Bild der Dorfbewohner:innen zeigen. Mitunter ist die Anzahl der Akteur:innen samt den verschiedenen Erzählwinkeln leicht verwirrend, aber ich fand mich immer wieder zurecht. Ein heiteres Buch für den Strand. *kl*.

Margherita Giovanni: **Adria mortale**. Tödliches Tonikum. Verlag Lübbe 2023, 350 Seiten, 23.90 Franken.

Kompetenzzentren, Leuchttürme, Kinder, Teilhabe, Inklusion

Der grosse Hoselupf bleibt aus. Das Auswahlprozedere der unter dem Aspekt einer Gesamtschau initiierten Änderung der Subventionierung hin zur sogenannten Konzeptförderung Tanz und Theater ist erstmals abschliessend durchgeführt worden. Die Resultate wurden am Dienstag im Stadthaus vorgestellt.

Thierry Frochoux

Neun von 13 Bewerbungen um eine 6-jährige Förderung von Institutionen, acht von 30 Bewerbungen um eine 4-jährige Förderung und zehn von 25 Bewerbungen um eine 2-jährige Förderung jeweils für Gruppen und Einzelpersonen wurden berücksichtigt. Die 6-jährigen Förderungen müssen noch vom Gemeinderat abgesegnet werden, was innerhalb von drei Monaten geschehen soll. Die 2- und 4-jährigen Förderungen hat der Stadtrat in Eigenkompetenz beschlossen. Den unterlegenen Bewerbungen steht gemäss Bundesgesetz eine Rekursmöglichkeit innert dreissig Tagen vor dem Bezirksrat offen. Allfällige dort erwirkte Änderungen müssten aber ausserhalb dieses Budgetpostens genehmigt werden. Namen der insgesamt 41 Ablehnungen dürfen aus Datenschutzgründen nicht genannt werden. Zwei Theater, das Theater Stok und der Keller 62 fallen aus der Förderung raus und erhalten zwei Jahre lang einen um jeweils 25 000 Franken erhöhten Beitrag ihrer bisherigen Jahressubvention als Abfederung, die ihnen eine Umstrukturierung zur nichtgeförderten Spielstätte ermöglichen soll. Die Begründung für die Ablehnung fällt lapidar aus. Diese künftig wegfallenden Beträge gehören zu den Geringsten der bisher vergebenen.

Namen der in Ko-Produktionen Geförderten stehen noch aus

Die neunköpfige Jury, an der Pressekonferenz vertreten durch die beiden Co-Präsidentinnen Gunda Zeeb und Zoé Kilchenmann, hat ein Gutachten zu jeder einzelnen gewährten Förderposition verfasst, die Online einsehbar ist. Drei Randbemerkungen darin scheinen erwähnenswert: Erstens spricht das Papier von einem spürbaren Druck, früher unter dem Begriff der soziokulturellen Animation fungierende Gefässe neu in der Kulturförderung unterbringen zu wollen. Zweitens wirft das Gutachten den vier ko-produzierenden Häusern Gessnerallee, Fabriktheater, Tanzhaus und Theater Spektakel nicht sonderlich indirekt vor, die Vergabe der ihnen ab 1.1.2024 zustehenden, an Ko-Produktionen gebundenen Subventionserhöhung von insgesamt 1,6 Millionen Franken noch nicht durchgeführt zu haben. Das ist ungefähr damit vergleichbar, wie wenn eine Spielbank die Spieler:innen dazu aufforderte, ihre Trümpfe vor Spielbeginn offenzulegen, damit die

Bank auch sicher gewinnt. Die Unsicherheit war während der letzten Jahre bezüglich dieser Umstellung so kolossal, dass das Handeln der vier Institutionen nur taktisch vernünftig wirkt. Und drittens beschreibt das Gutachten, dass der durchlaufene Prozess auch zutage gefördert habe, dass die Kriterien für die noch kommenden Runden sehr viel klarer, schärfer definiert gehörten. Als Viertes fügt die allgemeine Einschätzung noch an, die meisten eingereichten Konzepte wären nach ihrem Ermessen noch viel zu stark entlang von Produktionsprozessen gedacht, was jetzt auch nicht sonderlich verwundert. Schliesslich hat die Förderung ja eine Vorgeschichte. Ein weiterer noch nicht definierter Posten bleibt der mit 950 000 Franken dotierte Freie Kredit, wovon indes die Hälfte dem Kinder- und Jugendtheater vorbehalten ist.

Der Bedarf ist höher als die vorhandenen Mittel

Dass die Anträge durchs Band weg einen beachtlich höheren Bedarf als ihre bisherigen Subventionen auswiesen, ist nur logisch. Die Ausschreibung hätte auch so interpretiert werden können, dass sehr viel weniger Häuser sehr viel komfortabler alimentiert werden würden. Noch immer steht bei der Jurybegründung bei etlichen der geförderten Institutionen, gewisse Teile ihrer Strukturen wiesen Anzeichen von Prekariat auf. Diese Umstellung hätte die Chance geboten, dem einen Riegel zu schieben. Interessant ist auch, dass mehrere Institutionen, über deren Förderberechtigung in den letzten 15 Jahren mehrfach kritisch nachgedacht worden war, immer noch künftige Subventionsnehmer sind. Das diesbezügliche Narrativ wurde einfach umgekehrt: Was vorher ein potenzielles Ausschlusskriterium war, wird jetzt als Alleinstellungsmerkmal mit Begriffen wie Kompetenzzentrum oder Leuchtturm umbenannt. Vergleichsweise inkonsequent ist die Behandlung nach der Feststellung, ein Angebot würde hauptsächlich von einer als Dreh- und Angelpunkt fungierenden Person abhängen. Einmal wird exakt dieses Fehlen als Begründung zur Kürzung des (beantragten) Beitrags herbeigezogen, während andernorts dessen Risikohaftigkeit explizit als Manko benannt wird.

Die über die nächsten sechs Jahre geförderten Institutionen sind: Winkelwiese, Stadelhofen,

Rigiblick, Hora, Zirkusquartier, PurPur, Zürich tanzt, Sogar Theater und Millers. Vierjährige Förderungen erhalten Strukturen rund um Teresa Vittucci, Martin Zimmermann, Dimitri de Perrot, Eugenie Rebetz, Nina Mühlemann/Edwin Ramirez, Marie Alexis sowie das theaterpädagogische Angebot für Kinder und Jugendliche LAB-Zürich und das Kinder- und Jugendtheaterfestival Blickfelder. Bei Letzterem allerdings steht ausdrücklich, dass die bis 2020 vom Kanton getragene Biennale künftig eine andere, stabile Finanzierungsgrundlage finden müsse. Auch bei den zweijährigen Förderungen dominieren bekannte Namen/Gruppen: Ein Zusammenschluss von «Der grosse Tyrann», «Paradoks» und «Ernte Olafson» alias Patchwork Produktion, Muhammad Kaltuk, Gusavo Nañez, Les Mémoires d'Hélène, Divas, Trixa Arnold/Ilja Komarov, Phil Hayes, ox & öl, Dakar Produktion und die Biennale Breakthrough Dance.

Deutliche Lenkung des Angebots

Auffallend an den Begründungen und Erläuterungen ist, wer einerseits Teilhabe, Inklusion und Vernetzung – jetzt nicht unbedingt die genuine Definition von Kunst – deutlich hervorhob, hatte Pluspunkte, während auf der anderen Seite das zu Unrecht als ältlich verschmähte Erzählen auf einer Bühne praktisch überhaupt nicht mehr vorkommt. Das deutet darauf hin, dass sich das grundlegende Verständnis einer Kulturförderung (ermöglichen, sich aber nicht einmischen) eine starke Veränderung durchlaufen hat. Der Geldgeber bestimmt sehr viel weiterreichend als früher, was gehörig ist und was nicht. Ausser bei den festen Häusern Schauspielhaus, Neumarkt und Hechtplatz und in Bezug auf die erweiterte Freiheit der ko-produzierenden Orte. Der Aspekt der Gesamtschau betrifft also überhaupt nur einen kleinen Teil der Ausgaben, dort dafür umso einschneidender. Gunda Zeeb und Zoé Kilchenmann betonten an der Präsentation wiederholt, während dieses erstmalig stattgefunden habenden Prozesses hinlänglich Potenzial für Verbesserung, Raffinierung ausgemacht haben zu können. Sollte dies auch auf Belange jenseits des rein Formaljuristischen zutreffen, könnte das sehr viel mehr Klarheit für die Bewerber bereits vor den nächsten Vergaberunden bedeuten.

stadt-zuerich.ch/konzeptfoerderung



(Foto: Jeanette Bak)

Zielstrebige Zumutung

Die sieben Choreograph:innen, die Eric Gauthier eingeladen hat, je eine der sieben Todsünden in Tanz umzumünzen, streichen samt und sonders den brutalen Ernst daran hervor.

Thierry Frochoux

Nichtsgläubige sehen in beispielsweise der Wollust jetzt nicht unbedingt das krankhaft Plagende oder gar eine Besessenheit, der sich zu enthalten einen Mehrwert fürs Leben ergäbe. Streng genommen jedoch sind die sieben Todsünden regelrechte Heimsuchungen, die im Falle eines nicht glückenden Erwehrens oder im Mindesten der reuigen Beichte zwangsläufig in die ewige Verdammnis der Hölle führen. Bereits die Tonspur der sieben Kurzstücke lässt in ihrer flirrenden Wucht tiefer und tiefster Rhythmen kaum Zweifel zu, dass eine Bedrohung vorherrscht. So, als wären die Klänge ein Vorgeschmack darauf, welch sicherlich nochmals steigerbare Qual einen im Jenseits erwartete. Kein Lichtblick, kein Frohlocken, nirgends. Mit der Ausnahme in zwei Details – einer Verwendung von Sprache und einer von Geschrei – sind alle sieben Choreographien fern von einer rein plakativen Bebilderung, wie sich Durchschnittssünder:innen das landläufig ausmalen. Gemein ist allen Umsetzungen eine Fokussierung auf eine ursächliche und übermächtige Kraft, die von einem Körper Besitz ergreift und ihn nach Belieben gängelt. Den Menschen also zur Marionette degradiert, der unter dieser Triebsteuerung

ganz offensichtlich leidet. Die Habgier bei Sidi Larbi Cherkaoui ist eine sozial isolierende Kraft, die den Menschen höchstens in der Verdinglichung seinem Begehren annähert, dafür niemals ein Gipfelerlebnis kennt. Die Faulheit bei Azsure Barton ist effizienzgetriebene Exaltiertheit, deren Minimalismus zielgenau einen einzigen Anschein im Sinn hat und letztlich doch nur in Arbeit ausartet. Der Hochmut bei Marco Moreau ist die eifersüchtig auf Aussenwirkung bedachte Selbstdrapierung, die dafür Ungelenkes bis über die Schmerzgrenze in Kauf nimmt. Die Völlerei bei Marco Goecke ist stakatohafte Aggressivität, die sich nach allen Richtungen hinwendet, wie es bei bis oben hin vollgekokosten Personen vorkommen kann, die jegliche Kontrolle über Emotionen wie Extremitäten abgegeben haben. Die Wollust bei Hofesh Schechter ist im Gegenteil dazu die zwanghafte Selbstbescheidung, das unermüdliche Ausweichen jedweder potenzieller Schuld und sei es nur schon die Abwehr einer Begegnung damit in Gedanken. Der Zorn bei Sasha Waltz ist ein brodelnder Dampfkochtopf mit blockiertem Ventil kurz vor der Explosion, von der eine Zeitgleichheit der Gefahrenlage nach innen wie nach aussen die alleinige Gewissheit darstellt. Der Neid bei Sharon Eyal ist hochnäsiges, bis zum rücklings Umfallen versprühendes Gift, das die Überanstrengung bis zur Selbstverletzung anscheinend jeder Bemühung um Vervollkommnung unterordnet. Insgesamt ist «Seven Sins» ein absolutistisches Verdikt, die Gottesfurcht bis ins innerste Mark für lebensnotwendigen Ernst anzusehen.

Gauthier Dance: «**Seven Sins**», 15.4., Theater Winterthur, Winterthur.

Traum paar

Julie Fuchs und Benjamin Bernheim sind eine ideale Besetzung: Fein, intensiv, packend.

Ganz langsam schiebt sich die glatte, blaugraue Wand vor: Bildet sie am Anfang noch einen grossen (wenn auch reichlich kahlen) Abschluss des Ballsaals, bleibt beim tragischen Ende nur noch ein schmaler Streifen vor dem Orchestergraben, auf dem Romeo Gift trinkt und sich Juliette verzweifelt ersticht. Die Türen sind da verschwunden, es gibt keinen Ausweg mehr als den von Charles Gounod auch süss vertonten Tod. Regisseur Ted Huffmann zeigt die beiden verfeindeten Familien als uniforme Oberschicht-Gesellschaft, vielleicht amerikanisch mit dem steifen Ball zu Beginn. Alle stecken in dezenten Kleidern und weissen Smokings, goldene Stühle sind die einzige Ausstattung neben der Wand – und sie bleiben die einzige Regieidee. Sonst erzählt Huffmann (wie schon in seinen beiden anderen Inszenierungen am Opernhaus) einfach genau mit sorgfältiger Personenführung. Davon profitiert das zentrale, tragische Liebespaar, worauf alles ausgerichtet ist. Julie Fuchs wagt sich mit der Juliette weiter ins romantische Fach vor, hält ihren Sopran aber weiter schlank. Mit ihrem Ausdruck und intensiven Gestaltung des Textes gewinnt ihre Figur ausserordentliche Glaubwürdigkeit. Ihr Bühnenpartner Benjamin Bernheim, der vom Opernstudio aus grosse Karriere macht, steht ihr in nichts nach. Makellos auch sein Umgang mit dem Text, betörend, wie er schwebende



(Foto: Herwig Prammer)

Töne in den Raum setzen kann und wie mühelos die (vielen) Spitzentöne kommen. Wie Fuchs und Bernheim in den vielen Duett-Szenen aufeinander hören, miteinander atmen und singen, ist exemplarisch. Schade höchstens, dass Bernheim doch auch gern zeigt, wie toll seine Stimme auch laut klingt (das tut sie!), leiser wäre noch effektvoller. Dirigent Roberto Forés Veses drängt da auch voran. Überhaupt leitet er das Orchester und den präsenten Chor straff, wenn auch generell etwas wuchtig – dem Protagonistenpaar rollt er aber aufmerksam den roten Teppich aus. (tg)

«**Roméo et Juliette**», bis 18.5. Opernhaus, Zürich und auf arte.tv.

Zechprellerei

Warum ist die Schweiz eigentlich derart reich? Die Antwort darauf ist meist phantasiereich, aber eigentlich nicht schwer, wenn auch unangenehm: Ausbeutung. Ich weiss, das tönt etwas melodramatisch, aber damit ist schlicht die Tatsache gemeint, dass wir in (mindestens) vier zentralen Bereichen mehr nehmen als geben, bzw. dass wir auf Pump leben. Wir bestellen und konsumieren, aber wir bezahlen nicht.

Erstens ist das die Dritte Welt, also das T-Shirt zu 5 Franken, (das wir daher auch nur einmal tragen), also die globale Arbeitsteilung, die nur ein Gesetz kennt: Geiz ist geil. Zweitens ist es die Umwelt, die wir ressourcenseitig günstig ausbeuten und auf der anderen Seite günstig belasten, weil wir enorme externe, also ungedeckte Kosten verursachen, siehe aktuell beim CO₂. Drittens ist es die hierzulande unbezahlte Arbeit in der Höhe von, je nach Schätzung, 60 Prozent (!) und mehr der bezahlten Arbeit, die zu rund drei Vierteln von Frauen geleistet wird, (was wir damit «belohnen», dass wir ihnen tiefere Löhne und damit auch tiefere Renten auszahlen). Und viertens leben wir auf Pump bei den kommenden Generationen, indem wir eindeutig mehr Ressourcen beziehen, als uns in einem (fiktiven) Generationenbudget eigentlich zustehen würden.

Unser sogenannte Wohlstand, der von den bürgerlichen Parteien so gerne beschwo-

ren wird, den es unbedingt zu verteidigen gilt und der selbstverständlich nur auf unserem Fleiss, Innovationskraft etc. blablabla beruht, ist also in Wahrheit fake,

Aber ganz offensichtlich sind wir halt einfach besser beim Zechprellen als andere, nicht zuletzt gerade wegen unserer Gesetzgebung.

ganz grob geschätzt wohl mindestens zur Hälfte. Will heissen: Wenn wir diese Lebenshaltung auf dem Prinzip der Zechprellerei aufgeben müssten, müssten wir in der Tat auf materiellen Wohlstand verzichten. Unterfüttert wurde und wird das selbstverständlich – wir leben ja immerhin in einem Rechtsstaat – auch gesetzlich, so etwa beim Steuerhinterziehungsgeheimnis, das wir auf Druck des Auslands fallen lassen mussten. So wird die Haltung gestützt, dass Zechprellerei normal sei – he ja, wenn sie ja gesetzeskonform ist!

An dieser Stelle werden Sie vielleicht einwenden, das machten ja andere Länder auch so und seien dennoch nicht so reich. Und zugegeben, es mag sein, dass bei uns noch mehr Faktoren hinzukommen, auch weniger peinliche. Aber ganz

offensichtlich sind wir halt einfach besser beim Zechprellen als andere, nicht zuletzt gerade wegen unserer Gesetzgebung. Die Schweiz machte im Lauf der letzten Jahrhunderte ein richtiges Geschäftsmodell daraus. Und wie wenn es noch einen Beleg dafür bräuchte, fuhr unlängst die CS mit Karacho an die Wand, «To-big-to-fail-Gesetz» hin oder her. Erstaunlich ist nicht nur das Ausmass dieses nationalen Selbstbetrugs, erstaunlich und erschreckend ist, dass die offizielle Ökonomie sich standhaft weigert, ihn zur Kenntnis zu nehmen, und erschreckend ist auch, dass wir uns derart an solche Zustände gewöhnt haben, dass wir sie als Normalzustand annehmen und daher auch verbissen verteidigen. Im Moment können wir dabei zusehen, wie eine weitere Front im Abwehrkampf eröffnet und salonfähig gemacht wird: die Zuwanderung. Schuld sind also die Fremden, keinesfalls unsere Verschwendung, unsere Anspruchshaltung, unsere Masslosigkeit. Unser nationales Geschäftsmodell funktioniert zwar gar nicht, aber an uns kann das ja nicht liegen. – Im Schweizer Recht gilt übrigens: Wer etwas kauft, im Bewusstsein, dass er die Rechnung von vorneherein nie wird bezahlen können, begeht keine Zechprellerei, sondern Betrug.



Markus Kunz

Reklame



Bitte ausfüllen und
einsenden an:
P.S. Verlag, Hohlstrasse 216,
8004 Zürich oder
aboservice@pszeitung.ch

Ich bestelle

- Probeabo 5 Wochen kostenlos
- Jahresabo für 230 Franken
- Gönner:innenabo ab 300 Franken
- Abo für Menschen mit wenig Geld, 100 Franken

Name / Vorname

Strasse / Postfach

PLZ / Ort